

# ASPEKTE DES SOZIALEN MILIEUS DER INDUSTRIE- ARBEITERSCHAFT IN DER TSCHECHOSLOWAKEI VOM ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGES BIS ZUR REFORMBEWEGUNG DER SECHZIGER JAHRE

*Von Peter Heumos*

Die sozialhistorische Forschung zu sozialistischen/kommunistischen Systemen arbeitet daran, die vor allem über die politologische und politikgeschichtliche Literatur vermittelten Vorstellungen von Macht- und Herrschaftsstrukturen in diesen Systemen zu differenzieren.<sup>1</sup> Untersuchungen zur kommunistischen Ära in der Tschechoslowakei sind davon bisher wenig berührt worden. Einmal gilt hier die politische Geschichtsschreibung mit einer gewissen Selbstverständlichkeit als das angemessene Interpretationsmuster für die Zeit zwischen 1948 und 1989. Zum anderen konzentrieren sich die nicht allzu zahlreichen Darstellungen zur sozialen Entwicklung unter dem Kommunismus auf die Untersuchung der langfristigen Veränderungen der sozialen Makrostrukturen. Probleme der sozialen Identität, um die es in diesem Beitrag am Beispiel der Industriearbeiterschaft geht, werden dabei weniger beachtet oder oft als Steuerungsprobleme des kommunistischen Regimes aufgefaßt.<sup>2</sup> In der Tat kommt das Selbstverständnis sozialer Gruppen in solchen Analysen meistens nur insofern in den Blick, als danach gefragt wird, ob die staatliche Lohn-, Konsum- und allgemeine Sozialpolitik den Interessen und Bedürfnissen dieser Gruppen entsprochen hat oder nicht.<sup>3</sup>

Das soziale Milieu der tschechoslowakischen Industriearbeiterschaft vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Reformbewegung der sechziger Jahre soll im folgenden vor allem als betrieblicher oder betriebsnaher Erfahrungsraum beschrieben

---

<sup>1</sup> Für die DDR vgl. Sozialgeschichte der DDR. Hrsg. von Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka u. Hartmut Zwahr. Stuttgart 1994. Einen Überblick über sozialgeschichtliche Forschungen zur Industriearbeiterschaft der SBZ/DDR gibt Hübner, Peter: Sozialgeschichte der Industriearbeiterschaft in der SBZ/DDR. Bemerkungen zu Forschungstendenzen in Deutschland seit 1989. Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1993, 284–289. – Für Ungarn s. Pittaway, Mark: The Struggle over the Shop Floor: Hierarchy, Working Class Culture and the State in Early Socialist Hungary (Ms.). – Für Polen vgl. neben dem Beitrag von Dagmara Jajeśniak-Quast in diesem Band aus der umfangreichen polnischen Literatur noch Polakowska-Kujawa, Jolanta: Soziale Konflikte in Polen und die Legitimierung der Macht. Wandlungen im gesellschaftlichen Bewußtsein 1945–1994. Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1996, 69–83.

<sup>2</sup> Vgl. Krejčí, Jaroslav/Machonin, Pavel: Czechoslovakia, 1918–92. A Laboratory for Social Change. London 1996.

<sup>3</sup> Vgl. Kalinová, Lenka/Jech, Karel/Kaplan, Karel/Maňák, Jiří/Průcha, Václav: K proměnám sociální struktury v Československu 1918–1968 [Zu den Veränderungen der Sozialstruktur in der Tschechoslowakei 1918–1968]. Praha 1993.

werden, in dem sich Verhaltens- und Handlungsweisen, Einstellungen und Wertorientierungen der Arbeiter bündelten. Über die Arbeitswelt hinaus sagen diese etwas darüber aus, wie die Arbeiter die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse gesehen haben.<sup>4</sup> Als sozialer Raum, dessen Grenzen oft so klar gezogen waren, daß sie eine Innen-Außen-Differenzierung ermöglichen, bietet dieses soziale Milieu zugleich einen Ansatzpunkt zur Kritik am üblichen Verständnis von Macht und Herrschaft in der Literatur über die kommunistische Tschechoslowakei, das von der Annahme auszugehen pflegt, die gesamte Gesellschaft sei der Herrschaft des politischen Apparats unterstellt gewesen und Herrschaft sei unmittelbar, durch keinerlei *checks* gebremst, durchgesetzt worden. Es wäre allerdings ebenso ein-dimensional, das Industriearbeitermilieu als einen nach oben abgeschotteten Teilbereich der Sozialstruktur aufzufassen,<sup>5</sup> und von daher ist auch danach zu fragen, wie das Arbeitermilieu dem kommunistischen System integriert gewesen ist.

Obwohl dieses Milieu, wie wir sehen werden, Rückbindungen an die Erste Tschechoslowakische Republik nicht verlor, beruhten diese kaum noch auf materiellen Kontinuitätssträngen: Das weitverzweigte sozialdemokratisch dominierte Arbeitervereinswesen der Ersten Republik, durch die nationalsozialistische Okkupation zerschlagen, wurde 1945 infolge der Entscheidung für den Aufbau einer Einheitsgewerkschaft nicht wieder erneuert. Die enormen Umschichtungen der Arbeiterschaft, beginnend mit der Mobilisierung für die NS-Kriegswirtschaft, fortgesetzt mit ausgedehnten Migrationsbewegungen und der beträchtlichen quantitativen Schrumpfung durch die Aussiedlung der deutschen Arbeiter im Zuge des Transfers der deutschen Bevölkerung nach dem Krieg, verstärkt durch staatliche Arbeitskräftelenkung und den Zustrom aus anderen sozialen Gruppen – dies alles läßt nicht vermuten, daß stabile Belegschaften und damit traditionelle betriebliche Milieus in größerem Ausmaß aus der Zwischenkriegsrepublik in die Nachkriegszeit hinübergenommen werden konnten. Schließlich löste auch die kommunistische Kaderpolitik das Binnengefüge der Arbeiterschaft ganz erheblich auf: Durch große Schübe sozialen Aufstiegs, bei denen bis zum Ende der fünfziger Jahre mindestens 200 000 Arbeiter aus der Produktion vor allem in die Verwaltung, die Betriebsleitungen und den Apparat der KPTsch überführt wurden.

Das soziale Milieu der Industriearbeiterschaft, insbesondere als betriebsnaher Bereich, bildete sich insofern ganz wesentlich erst in der Nachkriegszeit heraus. Obwohl das auch heißt, daß die Industriearbeiterschaft Solidarstrukturen, Verhaltens- und Konfliktstrategien zum großen Teil erst entwickeln mußte, kann sie frühzeitig an bestimmten kollektiven Handlungsschemata identifiziert werden, die sie in Gegensatz zur Politik der KPTsch und der Gewerkschaften brachten. Dies soll

---

<sup>4</sup> Zur Milieuproblematik sei hier nur verwiesen auf Hradil, Stefan: Sozialstrukturanalysen in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Opladen 1987.

<sup>5</sup> Mit der Neigung, in diesem Punkt zu vereinfachen: Heumos, Peter: K sociálním dějinám průmyslového dělnictva v Československu v letech 1945–1968 [Zur Sozialgeschichte der Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei in den Jahren 1945–1968]. Dějiny a současnost 2000, H. 4, 35–38. Christoph Boyer hat in den Diskussionen auf dem Prager Workshop auf diese Tendenz zu Recht kritisch hingewiesen.

im weiteren an drei verschiedenen Themenbereichen dargestellt werden: Am Komplex der Schichtarbeit, an der Entwicklung der Betriebsklubs und der Frage der Arbeitsmoral. Aus den Ergebnissen sollen einige Thesen zu Macht- und Herrschaftsverhältnissen im industriellen Bereich abgeleitet werden.

1. Zu den Merkmalen des sozialen Milieus der Industriearbeiter gehörte – trotz der hohen zwischenbetrieblichen Mobilität in den fünfziger Jahren – ein ausgeprägter Betriebsegoismus oder -patriotismus als Interesse an der Selbständigkeit, der Autonomie des Betriebes. In ihren Resolutionen zum IX. Parteitag der KPTsch im Mai 1949, d.h. zu einem Zeitpunkt, als der hochzentralisierte industrielle Sektor längst in seine Konsolidierungsphase eingetreten war, forderten die Betriebszellen der Partei vor allem in der Textil-, Metall- und chemischen Industrie die Abschaffung der zentralistischen Organisation der nationalisierten Industrie und die möglichst weitgehende Wiederherstellung der Eigenständigkeit insbesondere auch der kleinen Betriebe.<sup>6</sup> Vor der kommunistischen Machtübernahme, in den Jahren 1945–1948, hatten sich die Arbeiter vielfach für eine „staatsfreie“, an genossenschaftlicher Selbstverwaltung orientierte Sozialisierung der Industriebetriebe ausgesprochen, die in der Tradition der nichtkommunistischen Arbeiterparteien der Ersten Tschechoslowakischen Republik, der Sozialdemokraten und der nationalen Sozialisten stand.<sup>7</sup> Unzweifelhaft war der Betriebspatriotismus ein Erbe der Ersten Republik: Sozialfriedliche betriebliche Integrationsstrategien auf der Grundlage eines „sekundären“ Patriarchalismus der Unternehmer, die starke parteipolitische und weltanschauliche Zersplitterung der Gewerkschaften mit der Folge einer an den Einzelbetrieb gebundenen Regelung von Arbeitskonflikten und das deutlich auf lokale Verhältnisse zugeschnittene Kollektivvertragswesen bildeten zwischen 1918 und 1938 wichtige Voraussetzungen für die Förderung und Stabilisierung betrieblicher Bindungen.<sup>8</sup> Praktisch wirksam wurden betriebspatriotische Einstellungen der Arbeiter in den fünfziger Jahren vor allem bei den häufig erfolgreichen Versuchen, die nicht abreißende Kette der Produktionskampagnen und den politischen Primat der unbedingten Planerfüllung mit dem Hinweis auf die (begrenzten) technischen Ressourcen der Betriebe abzublocken. Um nur ein Beispiel zu geben: Die Hüttenarbeiter in den Eisenwerken in Vítkovice (Witkowitz) machten einem Gewerkschaftsfunktionär im Frühjahr 1953 unwirsch klar, daß der defekte Hochofen Nr. 1 die zusätzliche Belastung durch einen sozialistischen Wettbewerb nicht überstehen würde, konnten aber den Betriebsdirektor, der das Plansoll unter keinen Umständen gefährden wollte, nicht dazu bewegen, den Hochofen vorübergehend stilllegen und gründlich reparieren zu lassen.<sup>9</sup> Die KPTsch sah im Betriebspatriotismus

<sup>6</sup> Státní ústřední archiv (= SÚA), Prag. Fonds ÚV KSČ 100/1, Bd. 2, Nr. 9, 1–157.

<sup>7</sup> Heumos, Peter: Betriebsräte, Einheitsgewerkschaft und staatliche Unternehmensverwaltung. Anmerkungen zu einer Petition mährischer Arbeiter an die tschechoslowakische Regierung vom 8. Juni 1947. JbGO 29 (1981) 215–245.

<sup>8</sup> Ders.: Die Arbeiterschaft in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Elemente der Sozialstruktur, organisatorischen Verfassung und politischen Kultur. BohZ 29 (1988) 50–72.

<sup>9</sup> Všeodborový archiv (= VOA), Prag. ÚRO-VMP, Karton 2. Berichte aus den Brigaden. Berichte über sozialistischen Wettbewerb 1953 (Závod Vysoké pece Vítkovických železáren Klementa Gottwalda).

zunächst ein Relikt „kapitalistischen Konkurrenzdenkens“.<sup>10</sup> Die tägliche Notwendigkeit, die Defizite der zentralen Planwirtschaft auf betrieblicher Ebene ausgleichen zu müssen, vor allem im Bereich der Rohstoff- und Materialversorgung,<sup>11</sup> verlangten allerdings auch unter dem Staatssozialismus ein erhebliches betriebliches Eigeninteresse. So führten etwa die Verteilungskämpfe auf dem Arbeitsmarkt 1962 im Gebiet um Kladno zu einem regelrechten Kleinkrieg zwischen den Betrieben, da sich die betrieblichen Anwerbungskommissionen nicht an die Grenzen der ihnen zugewiesenen „Jagdgebiete“ hielten, sondern in benachbarten Rayons „wilderten“, mit Repressalien drohten, falls man ihnen die Kontaktaufnahme mit abwanderungswilligen Arbeitern verbot und erst durch massive Interventionen der Nationalausschüsse in die Schranken gewiesen werden konnten.<sup>12</sup>

Betriebszentrisches Denken spiegelte offensichtlich auch die Distanz der Arbeiter zum Staatssozialismus als bürokratische Großveranstaltung. Der Protest mährischer Holzarbeiter gegen die Eingliederung ihrer kleinen Sägemühlen in ein einziges landesweites Nationalunternehmen nach dem Februarumsturz 1948<sup>13</sup> und die (erfolglosen) Versuche kleiner städtischer Betriebe in den Jahren 1950–1952, bei ihrer Zusammenfassung zu kommunalen Unternehmen ihren eigenen Betriebsrat zu behalten,<sup>14</sup> sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß in der Ersten Republik fast ein Drittel aller Arbeiter in Betrieben mit sechs bis 20 Beschäftigten gearbeitet hatte.<sup>15</sup> Die schon vor der kommunistischen Machtübernahme einsetzende Kritik der Arbeiter an der wuchernden Bürokratie der industriellen Großbetriebe zieht sich durch die ganzen fünfziger Jahre hin. Die Beamten in der Industrie waren für Arbeiter in Vrchlábí (Hohenelbe) „neue Kapitalisten“, wie es in ihrer Resolution an den IX. Parteitag der KPTsch heißt.<sup>16</sup> Die Betriebsverwaltungen gerieten u. a. im Zusammenhang mit der sogenannten Verbesserungsbewegung in den Geruch einer unfähigen Bürokratie: Erfindungen und technische Verbesserungen der Arbeiter im Rahmen dieser landesweit organisierten Bewegung<sup>17</sup> blieben oft jahrelang in der Administration liegen, eine Situation, die immer wieder innerbetriebliche Konflikte hervorrief und das gerade in diesem Bereich erkennbare Engagement der Arbeiter unter-

<sup>10</sup> Rudé právo vom 12. und 15.10.1948.

<sup>11</sup> Als ein Beispiel vgl. den Bericht der Materialabteilung der Zbrojovka in Strakonice (Strakonitz) an den Zentralrat der Gewerkschaften vom Dezember 1951. VOA, Prag, OS Kovo-Strojirenství, Karton 4A, 1951, Faszikel 5.

<sup>12</sup> Státní oblastní archiv (= SOA), Prag, Betriebsarchiv Poldi/Vereinigte Stahlwerke Kladno, Karton 389, 1946–1962. Sitzungen der Anwerbungskommission vom 21.4., 7.5. und 19.5.1962.

<sup>13</sup> VOA, Prag, NHK, Karton 83, Nr. 222. Memorandum der Vertreter von Sägewerken aus fünf politischen Bezirken Westmährens vom 18.8.1948 für den Zentralrat der Gewerkschaften.

<sup>14</sup> VOA, Prag, MH, Karton 2/1, 1950–1952. Faszikel 2, Bericht über das Kommunalunternehmen in Třeboň (Wittingau).

<sup>15</sup> Teichová, Alice: The Czechoslovak Economy 1918–1980. London-New York 1988, 38 (Tab. 3.10).

<sup>16</sup> SÚA, Prag, Fonds ÚV KSČ 100/1, Bd. 2, Nr. 9, 122.

<sup>17</sup> Komárek, Miroslav: Zlepšovatelská aktivita dělníků [Die Verbesserungsaktivität der Arbeiter]. Praha 1983.

grub.<sup>18</sup> Arbeiter, die in Großbetriebe gewechselt waren, beschwerten sich bei der Partei, daß die Betriebsleitung sie nicht persönlich kenne und nicht wisse, welche Arbeit sie verrichteten.<sup>19</sup> Es hatte offenbar auch mit der Tradition der eng mit lokalen Arbeitermilieus verknüpften Gewerkschaften der Ersten Republik zu tun, daß die Einheitsgewerkschaft als bürokratischer Koloß ständiger Kritik aus der Arbeiterschaft ausgesetzt war.<sup>20</sup> Schließlich bestand für die Arbeiter kein Zweifel daran, wo die Gründe für die Schwierigkeiten der Planwirtschaft lagen: In der Ersten Republik habe es bei 14 Millionen Einwohnern 13 Ministerien gegeben, erklärten sie im Mai 1956 einem Vertreter des Kreisgewerkschaftsrates České Budějovice (Budweis), jetzt habe die Republik 12,5 Millionen Einwohner und mehr als 30 Ministerien.<sup>21</sup>

2. Es ist gewiß fast trivial, antibürokratische Einstellungen in Arbeitermilieus unter dem Kommunismus hervorzuheben, da diese Orientierung offensichtlich die Regel gewesen ist.<sup>22</sup> Im tschechoslowakischen Fall spiegeln sich in solchen Einstellungen jedoch überkommene Elemente der Lebensverhältnisse und der Sozialstruktur der Industriearbeiterschaft. In den böhmischen Ländern, deren Industrialisierung mit einer vergleichsweise niedrigen Urbanisierung einhergegangen war, wohnte ein beträchtlicher Teil der Industriearbeiterschaft in ländlichen und kleinstädtischen Gemeinden (Tabelle 1), lebte also in einem überschaubaren, oft dörflich geprägten sozialen Raum, in dem ein „soziales Kapital“ zur Verfügung stand, das u. a. auch gegen die bürokratische Durchrationalisierung der industriellen Verhältnisse gewendet werden konnte.<sup>23</sup> In den ländlichen Gemeinden überwog der Typus des *kovorolnik* (Metallbauer), eines Industriearbeiters mit landwirtschaftlichem Zwergbesitz, der zwischen agrarischem und industriellem Milieu oszillierte

<sup>18</sup> Einige Hinweise zu dieser Problematik finden sich in dem Protokoll der gesamtstaatlichen Beratung der Erfinder, Verbesserer und Neuerer am 24. 10. 1957 in Prag. VOA, Prag. Strojrenství, Karton 35–36, 1957, Faszikel 4.

<sup>19</sup> SÚA, Prag. Fonds ÚV KSČ 100/1, Bd. 2, Nr. 9, 45.

<sup>20</sup> Vgl. dazu – stellvertretend für zahlreiche andere Belege – die Aufzeichnungen über die Arbeitstreffen der Betriebsratvorsitzenden im Kreis Gottwaldov am 7. und 8. 5. 1956. VOA, Prag. ÚRO-Org., Karton 159, Nr. 530/1. Beilage 1.

<sup>21</sup> VOA, Prag. KOR, Karton 75/1956, Nr. 138/3. Protokoll der Plenarsitzung des Kreisgewerkschaftsrates České Budějovice vom 18. 5. 1956.

<sup>22</sup> Für die DDR vgl. dazu beispielsweise Alheit, Peter/Hack, Heinz/Hofschne, Heinz-Gerd/Meyer-Braun, Renate: Gebrochene Modernisierung – Der langsame Wandel proletarischer Milieus. Eine empirische Vergleichsstudie ost- und westdeutscher Arbeitermilieus in den 1950er Jahren. 2 Bde. Bremen 1999.

<sup>23</sup> Ein Beispiel in diesem Zusammenhang ist die Auseinandersetzung um die Ausstellung ärztlicher Atteste. Die Versuche der Gewerkschaften und der Bezirkskrankenversicherungen, die Betriebsärzte mit der alleinigen Kompetenz auszustatten, den Krankenschein auszustellen, sind langfristig offensichtlich gescheitert. Diejenigen Arbeiter, die auf dem Lande lebten und zur Arbeit pendelten, ließen sich von dem (zumeist wohlwollenden) Arzt ihrer Heimatgemeinde krankschreiben, der es zudem nicht immer für notwendig hielt, den Krankheitsfall dem Betrieb zu melden. Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 9, PV 1145. Protokoll der Sitzung des gewerkschaftlichen Betriebsausschusses vom 31. 8. 1957.

Tabelle 1: Gemeindegrößen und Anteile der Arbeiter in Industrie und Handwerk an der erwerbstätigen Wohnbevölkerung in den böhmischen Ländern nach der Volkszählung 1947 und der territorialen Gliederung der Verwaltung 1948

Gemeindegröße	Von 1000 Erwerbstätigen entfielen auf Arbeiter in Industrie und Handwerk
–99	184,2
100–199	263,9
200–299	329,0
300–499	386,8
500–999	463,6
1000–1999	519,3
2000–4999	533,2
5000–9999	504,7
10000–19999	500,4
20000–49999	533,3
50000–99999	461,0
100000–	455,5

Quelle: Statistický zpravodaj 12 (1949), Nr.2, 46.

und nach statistischen Angaben für 1956, die dem Politbüro des ZK der KPTsch im Juli 1958 vorlagen, mit 414 095 Haushalten mehr als ein Drittel aller Arbeiterhaushalte (1129941) stellte.<sup>24</sup> So bewirtschafteten beispielsweise im Einzugsbereich des Kreisgewerkschaftsrates Brünn 1956 über 75000 Industriearbeiter landwirtschaftlichen Kleinbesitz bis zu 2 ha.<sup>25</sup> Dem industriellen Kapitalismus der Ersten Republik lebensweltlich nicht völlig integriert, erlebte diese Schicht, die den überwiegenden Teil der rund 1 Million Pendler in den böhmischen Ländern (1949) bildete,<sup>26</sup> auch den industriellen Sozialismus „auf Distanz“, indem sie sich der politischen und gewerkschaftlichen Formierung auf Betriebsebene vielfach entziehen konnte: An betrieblichen Veranstaltungen von Partei und Gewerkschaft nach der Arbeit nahmen in der Regel vor allem die ortsansässigen Arbeiter teil, während sich die auf dem Lande wohnenden Arbeiter auf den Weg nach Hause machten.<sup>27</sup>

<sup>24</sup> SÚA, Prag, Fonds ÚV KSČ 02/2, Bd.182, Nr. 248. Materialien zum Tagesordnungspunkt „Grundsätze der weiteren Entwicklung des Lebensstandards der Bevölkerung“ der Sitzung des Politbüros des ZK der KPTsch am 3.7.1958.

<sup>25</sup> VOA, Prag, KOR, Karton 74/1956, Nr.137. Materialien zu den Aufgaben der Sozialisierung des Dorfes im Kreis Brünn vom 21.7.1956.

<sup>26</sup> Kalinová, Lenka: Vývoj struktury a postavení čs. průmyslových dělníků a hospodářskotechnických pracovníků v 50. letech [Die Entwicklung der Struktur und der Lage der tschechoslowakischen Industriearbeiter und der ökonomisch-technischen Mitarbeiter in den fünfziger Jahren]. Revue dějin socialismu 1968, Sondernummer, 1025–1062, hier 1044.

<sup>27</sup> VOA, Prag, KOR, České Budejovice, Karton 9/1950, Nr. 53. Bericht über die Mitgliederversammlungen der gewerkschaftlichen Betriebsorganisationen im Januar 1950. Der Bericht führt für alle Industriebetriebe im Einzugsbereich des Kreisgewerkschaftsrates České Budejovice an, daß die Beteiligung an den Mitgliederversammlungen bei 100 Prozent lag, wenn diese in der Arbeitszeit stattfanden. Nach dem Ende der Schicht sank die Beteiligung auf 15–50 Prozent, da die Mehrheit der Arbeiter „aus weit entlegenen Orten“ pendelte und gleich nach der Arbeit den Heimweg antrat.

3. Polarisiert wurden die sozialen Lebenszusammenhänge der Industriearbeiter und die betrieblichen Erfordernisse vor allem in der Frage der Schichtarbeit. Im Februar 1951 ordnete das ZK der KPTsch – vor dem Hintergrund der drastisch erhöhten Planziele des ersten Fünfjahresplans – die allgemeine Einführung der zweiten und der dritten Schicht insbesondere in der Schwerindustrie an und bezeichnete diese Maßnahme als grundlegende Voraussetzung für die Erfüllung der Aufgaben des ersten Fünfjahresplans.<sup>28</sup> Zu dieser Zeit arbeitete in der dritten Schicht (22–6 Uhr) auch in der Schwerindustrie nur ein sehr kleiner Teil der Belegschaften. In den Pilsener Škoda-Werken war sie 1950 nur zu zwei Prozent ausgelastet,<sup>29</sup> in der Eisenhütte in Děčín (Tetschen) arbeiteten 1951 nur drei Prozent der Beschäftigten in der Nachtschicht, in den Stahlwerken in Chomutov (Komotau) acht Prozent,<sup>30</sup> in den Eisenwerken in Králův Dvůr (Königshof) etwas mehr als zehn Prozent.<sup>31</sup> Der ökonomisch sinnvollen Forderung des ZK nach einer effektiveren Nutzung des Maschinenparks und der technischen Einrichtungen nicht allein in der Schwerindustrie, sondern in der Industrie überhaupt<sup>32</sup> war in den folgenden Jahren so wenig Erfolg beschieden, daß die gesamtstaatliche Konferenz der KPTsch 1960 etwas resigniert die Devise ausgab, zunächst einmal die Einführung des Zweischichten-Betriebes durchzusetzen.<sup>33</sup> In der Tat zeigt eine vom Zentralrat der Gewerkschaften veranlaßte Untersuchung aus dem Jahr 1965, daß sich die Situation gegenüber den frühen fünfziger Jahren kaum verbessert hatte: Landesweit entfielen auf die erste Schicht (6–14 Uhr) über 70 Prozent der Industriearbeiter, auf die zweite Schicht (14–22 Uhr) über 21 und die Nachtschicht 7,5 Prozent.<sup>34</sup> In einigen Großbetrieben wie den Škoda-Werken ballten sich in der Frühschicht über 80 Prozent der Arbeiter zusammen, während die Nachtschicht mit nicht einmal vier Prozent besetzt war.<sup>35</sup> Die Quellen vermitteln den Eindruck, daß Partei und

<sup>28</sup> VOA, Prag. ÚRO-PaM, Karton 1/1951. Bericht des Kreisgewerkschaftsrates Ústí nad Labem (Aussig) über die Einführung der zweiten und dritten Schicht in der Schwerindustrie (März 1951).

<sup>29</sup> SÚA, Prag. Fonds ÚV KSČ 100/1, Bd. 14, Nr. 96. Informační služba sekretariátu ÚV KSČ, Nr.1/1950, 9.

<sup>30</sup> VOA, Prag. ÚRO-PaM, Karton 1/1951. Bericht des Kreisgewerkschaftsrates Ústí n.L. über die Einführung der zweiten und dritten Schicht in der Schwerindustrie (März 1951).

<sup>31</sup> VOA, Prag. ÚRO-Org., Karton 105, Nr. 382. Bericht eines Instruktors des Kreisgewerkschaftsrates Prag für März 1951 vom 5.4.1951.

<sup>32</sup> Vgl. dazu die Zusammenfassung der Ergebnisse einer Untersuchung der Staatlichen Planungskommission aus dem Jahr 1961 zur Nutzung der sogenannten Grundfonds (d.h. vor allem der Maschinen und technischen Anlagen) sowie der Arbeitskräfte in der Industrie, die dem Vorstand des Zentralrates der Gewerkschaften bei seiner Sitzung am 3.5.1962 vorlag. VOA, Prag. ÚRO-PŘ, Karton 58, Nr. 363 I/2. Materialien zum Tagesordnungspunkt „Nutzung der Grundfonds und Einführung des Mehrschichtenbetriebes.“

<sup>33</sup> Ebenda.

<sup>34</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 73, Nr. 415 I/3. Materialien zum Tagesordnungspunkt „Bericht über den Berufsverkehr und Unterlagen für das Referat und die Beschlüsse der gesamtstaatlichen Allgewerkschaftskonferenz“ der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 21.4.1965.

<sup>35</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 82, Nr. 435 I/2. Materialien zum Tagesordnungspunkt „Dienstleistungen für die Beschäftigten in den Betrieben und Wohnorten“ der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 28.7.1966.

Gewerkschaften bei dem Versuch, die Belegung der zweiten und der dritten Schicht zu erhöhen, auf Zwangsmaßnahmen verzichteten und ganz vorrangig auf „Überzeugungsarbeit“ setzten,<sup>36</sup> die aber das Hauptargument der Arbeiter nicht ausräumen konnte, daß Schichtarbeit ihr „gesellschaftliches und Familienleben“ einschränke und beeinträchtige.<sup>37</sup> Es liegt auf der Hand, daß die pendelnden Industriearbeiter und damit in erster Linie die *kovoroľníci*, deren Tagesrhythmus durch Fabrikarbeit in der ersten und landwirtschaftliche Tätigkeit in der zweiten Tageshälfte geprägt wurde, den Widerstand gegen Schichtarbeit anführten. In den Industriebetrieben in Gottwaldov arbeiteten 72 Prozent der pendelnden Beschäftigten in der Frühschicht, im Bezirk Beroun (Beraun) rund zwei Drittel.<sup>38</sup>

Das Verschleppen einer ökonomisch befriedigenden Regelung der Frage der Schichtarbeit – und damit die Bewahrung der überkommenen Arbeits- und Lebensverhältnisse eines beträchtlichen Teils der Industriearbeiterschaft – hing zwar auch mit Defiziten im Wohnungsbau und im Berufsverkehr zusammen,<sup>39</sup> war aber in letzter Instanz eine Folge der Praxis der staatssozialistischen Volkswirtschaft als politischer Ökonomie, also der Rückbindung ökonomischer an gesellschaftlich-politische Prozesse, die zur Entökonomisierung wirtschaftlichen Handelns führte – trotz ständiger anderslautender Absichtserklärungen der Partei.<sup>40</sup> In anderen Bereichen hat das Regime selbst das Arbeitermilieu organisatorisch mit traditionellen sozialen Strukturen verbunden, die dann Entwicklungen förderten, die im Sinne der ursprünglichen Zielsetzungen von Partei und Gewerkschaften kaum noch unter Kontrolle gebracht werden konnten. Ein Beispiel in diesem Zusammenhang sind die von den Gewerkschaften organisierten und geleiteten Betriebsklubs.

<sup>36</sup> VOA, Prag. ÚRO-PaM, Karton 1/1951. Bericht des Kreisgewerkschaftsrates Ústí n.L. über die Einführung der zweiten und dritten Schicht in der Schwerindustrie (März 1951).

<sup>37</sup> Das Zitat nach Píck, Miloš: Proč zvyšovat směnnost? [Warum soll die Schichtarbeit ausgeweitet werden?]. Odborář 18 (1965), Nr. 26, 1261–1266, hier 1265.

<sup>38</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 82, Nr. 435 I/2. Materialien zum Tagesordnungspunkt „Dienstleistungen für die Beschäftigten in den Betrieben und Wohnorten“ der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 28. 7. 1966.

<sup>39</sup> Versuche, das Problem der pendelnden Industriearbeiter durch die Intensivierung des Wohnungsbaus an ihren Arbeitsorten zu lösen, stießen andererseits auf die Schwierigkeit, daß nur wenige Arbeiter ihr Einfamilienhaus auf dem Lande gegen eine Mietwohnung in den Betonplattenbauten der größeren Städte eintauschen wollten. Um die Mitte der sechziger Jahre zeigten von den 15000 pendelnden Arbeitern der Pilsener Škoda-Werke nur 4600 Interesse an einem Umzug nach Pilsen. Zu den Problemen des Berufsverkehrs gehörten u. a. der anhaltende Mangel an Verkehrsmitteln und die damit direkt zusammenhängenden Abstimmungsschwierigkeiten zwischen Fahrplänen und Arbeitszeiten. Der nordmährische Kreis forderte für 1966 weitere 321 Autobusse, erhielt aber nur 152. Im Bezirk Gottwaldov mußten im gleichen Jahr rund 2000 Arbeiter eine Stunde zu früh den Weg zur Arbeit antreten. E b e n d a.

<sup>40</sup> Eines von zahllosen Beispielen ist das Verhältnis zwischen Arbeitsproduktivität und Lohnentwicklung in der Konsumgüterindustrie zwischen 1948 und 1965. Während die Arbeitsproduktivität dort deutlich unter dem gesamtindustriellen Durchschnitt lag, hielt die Lohnentwicklung – sozialpolitisch gestützt – fast mit dem Durchschnitt der gesamten Industrie Schritt. VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 88, Nr. 451. Materialien zum Tagesordnungspunkt „Lohnnivellierung in der Konsumgüterindustrie“ der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 1. 6. 1967.

4. Vor der kommunistischen Machtübernahme (Februar 1948) wurde in der sozialdemokratischen Partei vor allem unter zwei Gesichtspunkten über die Errichtung von Betriebsklubs diskutiert: Einmal sollten diese an soziale Einrichtungen einiger Industriebetriebe in der Tschechoslowakei vor 1938 anknüpfen, zum anderen dem geselligen Verkehr, der (nichtkommerzialiserten) Freizeitgestaltung und der Allgemeinbildung der Arbeiter dienen.<sup>41</sup> Die seit 1951 auf der Grundlage des neuen Vereinsgesetzes in großer Zahl gegründeten Betriebsklubs – um die Mitte des Jahres 1958 bestanden insgesamt 784<sup>42</sup> – lehnten sich jedoch ausdrücklich an das sowjetische Vorbild an und repräsentierten den Versuch zur Etablierung einer betriebszentrierten, gewerkschaftlich angeleiteten sozialistischen Kultur, die Arbeit und Lebenszusammenhang in einer spezifischen, auf Produktions- und Produktivitätssteigerung ausgerichteten „Arbeitskultur“ vermitteln und die herkömmliche Trennung von Arbeit und Freizeit durch kulturell-politische Mobilisierung aufheben sollte.<sup>43</sup> Die Klubs wurden jedoch keineswegs – wie solche vom Pathos des sozialistischen Aufbaus getragenen Zielvorstellungen vermuten lassen – auf dem blankgelegten Fundament eines neuen gesellschaftlichen Organisationssystems der Arbeiterschaft errichtet. Die durch das Vereinsgesetz des Jahres 1951 aufgelösten lokalen Volksmusik-, Volkskunst-, Theater-, Kleinkunst-, Gesangs- und Tanzgruppen sowie zahllose andere Klubs und Vereine, die Freizeitbeschäftigungen organisierten – von den Amateurphotographen und Puppenspielern bis zu den Briefmarkensammlern und Heimatforschern –, wurden mehrheitlich mit ihrem leitenden Personal und zumeist ohne politische „Eignungsprüfung“ in die Betriebsklubs übernommen, wie sich dies jedenfalls für Prag nachweisen läßt, wo 1956 über 60 Betriebsklubs existierten.<sup>44</sup> Es mag sein, daß diese „klassenunspezifische“ Genese der Klubs auf die nach 1948 vorübergehend noch erkennbare Tendenz der kommunistischen Politik zurückzuführen ist, beim Aufbau des Sozialismus nicht ausschließlich auf die „Diktatur des Proletariats“ zu setzen, sondern sich auch andere soziale und politische Strukturen nutzbar zu machen, wie dies beispielsweise die noch 1951 fortgeführten Versuche zeigen, den Betriebssport auf der Grundlage des (politisch „gesäuberten“ und ideologisch formierten) Sokol zu organisieren.<sup>45</sup> Eine andere denkbare Erklärung ist die in der KPTsch-Führung besonders ausgeprägte Zielvorstellung einer raschen Konsolidierung der neuen Gesellschaftsordnung, die zur Folge hatte, daß die Partei von Provisorium zu Provisorium hastete und ihrem sozialistischen Erfolgskonto vielfach bloß Deklaratorisches gutschrieb.<sup>46</sup>

<sup>41</sup> H o k e š, E. S.: Podnikové kluby [Die Betriebsklubs]. Sociální revue 21 (1946) 22–24.

<sup>42</sup> VOA, Prag. ÚRO-Org., Karton 166, Nr. 561. Gewerkschaftsstatistik.

<sup>43</sup> Vgl. dazu den Bericht der Abteilung für Kultur und soziale Angelegenheiten des Kreisgewerkschaftsrates Brünn vom 5.9.1956 über die kulturell-aufklärerische Tätigkeit der Betriebsklubs einiger Industriebetriebe in und um Brünn. VOA, Prag. KOR, Karton 74/1956, Nr. 137.

<sup>44</sup> VOA, Prag. KOR, Karton 83 A/1956, Nr. 146 A. Bericht über die Tätigkeit der Betriebsklubs in Prag (nicht datiert).

<sup>45</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 10, Nr. 132. Bericht über die Reorganisation der Sokol-Gruppen (für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 30.8.1951).

<sup>46</sup> In diesen Zusammenhang gehört auch der mit der Verfassung vom Juli 1960 verkündete

Ob nun die eine oder die andere Begründung zutrifft – es ist kaum zu bezweifeln, daß die traditionellen Elemente, die in den Entstehungsprozeß der Betriebsklubs eingingen, die von Anfang an weitverbreitete und auch in den sechziger Jahren deutliche Unlust der Arbeiter, sich die politischen und „produktivistischen“ Zielsetzungen der Klubs zu eigen zu machen, noch verstärkt haben. Daß die Klubs trotz gewerkschaftlicher Dauerkritik faktisch wohl überwiegend dem Bedürfnis nach privat-unpolitischem Freizeitvergnügen dienen, zeigen u. a. die in Tabelle 2 zusammengestellten Genres derjenigen Filme, die im ersten Halbjahr 1956 in den Betriebsklubs im Organisationsbereich des Kreisgewerkschaftsrates Karlovy Vary (Karlsbad) vorgeführt wurden,<sup>47</sup> wie auch die zahlreichen moralisierenden Nüchternheitskampagnen der Gewerkschaften mit der ständigen Forderung nach „Tanzveranstal-

Tabelle 2: Art und Anzahl der in den Betriebsklubs im Organisationsbereich des Kreisgewerkschaftsrates Karlovy Vary im ersten Halbjahr 1956 gezeigten Filme

Bezirk	fachkundliche Filme	populärwissenschaftliche Filme	abendfüllende Spielfilme und Komödien
Aš (Asch)	6	7	21
Cheb (Eger)	40	33	137
Kadaň (Kaaden)	25	11	103
Karlovy Vary	91	147	1030
Kraslice (Graslitz)	1	7	161
Mariánské Lázně (Marienbad)	13	21	128
Podbořany (Podersam)	1	2	113
Sokolov (Falkenau)	26	44	366
Toužim (Theusing)	20	0	192
insgesamt	223	272	2251

Quelle: VOA, Prag. KOR, Karton 79/1956, Nr. 142 (Karlovy Vary).

Übergang zum Sozialismus, den die Parteiführung um Novotný vor allem mit den wirtschaftlichen Erfolgen des Regimes legitimieren zu können glaubte. Tätigkeitsberichte der Betriebe in der Zeit belegen diese Erfolge keineswegs. So zeichnet der Rechenschaftsbericht der Vereinigten Stahlwerke Kladno für 1961 ein außerordentlich düsteres Bild der Entwicklung der Produktion und konstatiert schwerwiegende, seit 1960 andauernde Defizite bei der Planerfüllung hinsichtlich der Bruttoproduktion, des Sortiments und der Qualität der Produkte, des Investitionsrückflusses und der Arbeitsproduktivität. Hohe Produktionsausfälle verursachten die Störanfälligkeit der veralteten Hochöfen und technischen Anlagen sowie die quantitativ und qualitativ unzureichende Rohstoffversorgung des Betriebes. SOA, Prag. Betriebsarchiv Poldi/Vereinigte Stahlwerke Kladno, Karton 29, 1951–1965. Kurzer Bericht über die Tätigkeit des Unternehmens im Jahr 1961.

<sup>47</sup> Die Tabelle: erfaßt – entsprechend dem Charakter der Einheitsgewerkschaft – nicht nur Betriebsklubs in der Industrie, sondern in allen Beschäftigungsbereichen. In der Vorlage sind die Betriebe einzeln ausgewiesen; danach ist deutlich, daß die Verteilung der Präferenzen auf die verschiedenen Filmarten von einem Beschäftigungsbereich zum anderen kaum schwankte.

tungen ohne Alkohol“ in den Betriebsklubs.<sup>48</sup> Legt man die gewerkschaftliche Kritik zugrunde, scheiterte die ursprüngliche Zielsetzung der Klubs vor allem daran, daß sie vielfach kommerzialisiert und an das ortsübliche Unterhaltungsangebot herangeführt wurden. Häufig dienten die Betriebsklubs als Sprungbrett für Karrieren im Unterhaltungsgewerbe. Dort, wo die Klubs die ihnen gestellte Aufgabe einigermaßen erfüllten und in vielfältiger Weise die Notwendigkeit der Steigerung, technischen Verbesserung und Rationalisierung der Produktion bewußt zu machen suchten und die sozialistische Symbiose von Arbeit, Kultur und Freizeit praktizierten, beruhte dies nach Auffassung der Gewerkschaften in viel zu geringem Maße auf der Eigeninitiative und dem Engagement der Arbeiter, sondern war das Ergebnis bürokratischer Anweisung durch bezahlte Gewerkschaftsfunktionäre, die in zahlreichen Betrieben die in diesem Bereich ehrenamtlich Tätigen allmählich zurückdrängten.<sup>49</sup> Ein abschließendes Urteil darüber, wie attraktiv die Klubs in ihrer nichtintendierten Form als Ort der Geselligkeit und Unterhaltung für die Arbeiter waren, ist noch nicht möglich.<sup>50</sup> Immerhin ist zu erkennen, daß jüngere Arbeiter jedenfalls in den sechziger Jahren wenig Neigung verspürten, ihre Freizeit in den Betriebsklubs zu verbringen, und professionell betriebene Einrichtungen der Unterhaltungsbranche bevorzugten<sup>51</sup> und daß in den großen Städten konkurrierende Freizeitangebote allgemein ein geringes Interesse an den Klubs begründeten: Um die Mitte der fünfziger Jahre gehörten von den 1200 Arbeitern der Prager Waggonfabrik Tatra nur rund 60 dem Betriebsklub des Werkes an, und in einigen anderen Prager Industrieunternehmen lagen die Verhältnisse ähnlich.<sup>52</sup> Schließlich besteht kein Zweifel daran, daß der Integrationseffekt der Klubs – in ihrer geplanten politischen oder nichtgeplanten unpolitischen Form – an der Wohnsituation und der Sozialstruktur der Industriearbeiterschaft seine Grenzen fand. Mit den pendelnden Arbeitern konnten die Klubs nicht rechnen. Schon vor 1948 wurde in der Diskussion über das Konzept der Betriebsklubs am Beispiel von zehn Fabriken in kleineren Städten Böhmens darauf hingewiesen, daß die *kovorolníci*, die dort 20–35 Prozent der Belegschaft ausmachten und bis zu 40 km von ihrer Arbeitsstätte entfernt wohnten, praktisch aus den Klubs ausgeschlossen wurden, damit aber gerade diejenige Gruppe nicht erfaßt werden konnte, deren kulturelles Niveau nach zeitgenössischer Einschätzung im allgemeinen unter dem der städtischen Industriearbeiter lag.<sup>53</sup>

<sup>48</sup> Vgl. dazu den Bericht über die Jahreskonferenzen der Betriebsklubs im Jahr 1962 für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 26.2.1963. VOA, Prag. ÚRO-PR, Karton 62, Nr. 376 I/2, Beilage II.

<sup>49</sup> Vgl. Heumos: K sociálním dějinám 35f. – VOA, Prag. ÚRO-PR, Karton 58, Nr. 362 III/1. Informationsbericht über die Jahreskonferenzen der Betriebsklubs im Jahr 1961 für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 20.3.1962.

<sup>50</sup> Die (noch nicht abgeschlossene) Auswertung eines Bestandes von Protokollen von Betriebsratssitzungen zeigt die Tendenz, daß die Betriebsklubs nicht allzuoft auf der Tagesordnung dieser Sitzungen standen, obwohl die Betriebsräte das Aufsichtsorgan der Klubs waren.

<sup>51</sup> Vgl. dazu die in Anm. 48 und 49 zit. Berichte.

<sup>52</sup> Vgl. dazu den in Anm. 44 zit. Bericht über die Tätigkeit der Betriebsklubs in Prag.

<sup>53</sup> H o k e š: Podnikové kluby 23.

In einem anderen Kontext als die Problematik der Schichtarbeit zeigt auch das Beispiel der Betriebsklubs, daß von einem direkten, politisch-ideologisch formierenden Zugriff der kommunistischen Machtapparate auf die Arbeiterschaft jedenfalls nach 1953 keine Rede sein kann, um die eingangs formulierte Kritik an der verbreiteten Definition kommunistischer Macht aufzunehmen. Die unmittelbar durch die Währungsreform vom 30. Mai 1953 ausgelöste Streikwelle, die sich über zwei, drei Jahre hinweg in zunehmenden kollektiven Widerstands- und Protestaktionen der Arbeiter angebahnt hatte,<sup>54</sup> zwang die Partei zu der Einsicht, daß Disziplinierung, massive ideologische Formierungsversuche und vor allem die politische Justiz, mit der die KPTsch während des ersten Fünfjahresplans 1948–1953 in einem bisher allerdings noch nicht quantifizierbaren Ausmaß gegen die Arbeiter vorging,<sup>55</sup> nicht einmal kurzfristig den erwünschten Anpassungseffekt ausübten. Nichts zeigt das schlagender als die Reaktion auf den Übergang der Partei zu blankem Terror: Wenige Wochen nach der brutalen Niederschlagung der Juni-Revolution gegen die Währungsreform flackerten im Gebiet um Most (Brüx) erneut Streiks auf.<sup>56</sup> Der allmähliche Kurswechsel, den die Partei in der Folgezeit vornahm, äußerte sich nicht allein – um hier nur Punkte zu nennen – im Verzicht auf Massenkampagnen zur Erhöhung der Arbeitsnormen, die besonders 1951 für *industrial unrest* größten Ausmaßes gesorgt hatten, sondern auch in einem sich wandelnden Verhältnis zum kollektiven Protest der Industriearbeiter. Die wütenden Reaktionen von KPTsch-Funktionären auf innerbetrieblichen Aufruhr, auf Widerstand und Streiks wie beispielsweise im Juli 1951 in der Brüner Zbrojovka, als die Arbeiter in der Motorenbauhalle eine Erhöhung der Normen verweigerten und ein aufgebrachter Parteifunktionär zu einem „zweiten Februar“ und dazu aufforderte, „die Flinten zu nehmen und zu schießen“,<sup>57</sup> wichen in den folgenden Jahren einer zurückhaltenden Einstellung: Seit 1954 wurde in den für die Funktionäre der Partei bestimmten Bulletins und Mitteilungsblättern wie *Stranická informace* und *Informační bulletin* vergleichsweise sachlich, meistens unter einer besonderen Rubrik und gelegentlich kommentarlos über Protestaktionen und Streiks der Industriearbeiter berichtet.<sup>58</sup>

<sup>54</sup> Im Überblick dazu Heumos, Peter: *Dělnické stávky v Československu v padesátých letech* [Arbeiterstreiks in der Tschechoslowakei in den fünfziger Jahren]. *Pohledy. Revue pro politiku, ekonomii, sociologii a historii* 8 (2000), H. 6, 20–21.

<sup>55</sup> Ein wesentlicher Teilbereich der politischen Verfolgung von Arbeitern wird im Rahmen unseres Forschungsprojekts von Eva Hošková (Prag) mit der Erfassung und Auswertung der Akten der Staatsgerichte in Prag und Brünn für die Jahre 1948–1952 aufgearbeitet. Unter den wegen „politischer Delikte“ verurteilten Personen auf der Ebene der Bezirksstrafgerichte machten Arbeiter nach der einzigen bisher vorliegenden Fallstudie knapp 25 Prozent aus, Angehörige der Intelligenz rund zehn und Studenten fast sieben Prozent. Vgl. Veselka, Miroslav: *Komunistická justice a její oběti ve spisech okresního trestního soudu v Praze 1949–1951* [Die kommunistische Justiz und ihre Opfer in den Akten des Bezirksstrafgerichts in Prag 1949–1951]. *Pražský sborník historický* 27 (1994) 145–179.

<sup>56</sup> Heumos: *Dělnické stávky* 20.

<sup>57</sup> Zit. nach dem Bericht des Instrukteurs des Kreisgewerkschaftsrates Brünn-Gottwaldov Jan Motl über den Stand der Überprüfung der Arbeitsnormen vom 18.7.1951. VOA, Prag. ÚRO-Org., Karton 110, Nr. 385 b.

<sup>58</sup> Vgl. beispielsweise *Stranická informace* Nr. 104 vom 14.10.1954 mit einem Bericht über drei Bauarbeiterstreiks in Prag. SÚA, Prag. Fonds ÚV KSČ 19/13, Bd. 3, Nr. 17.

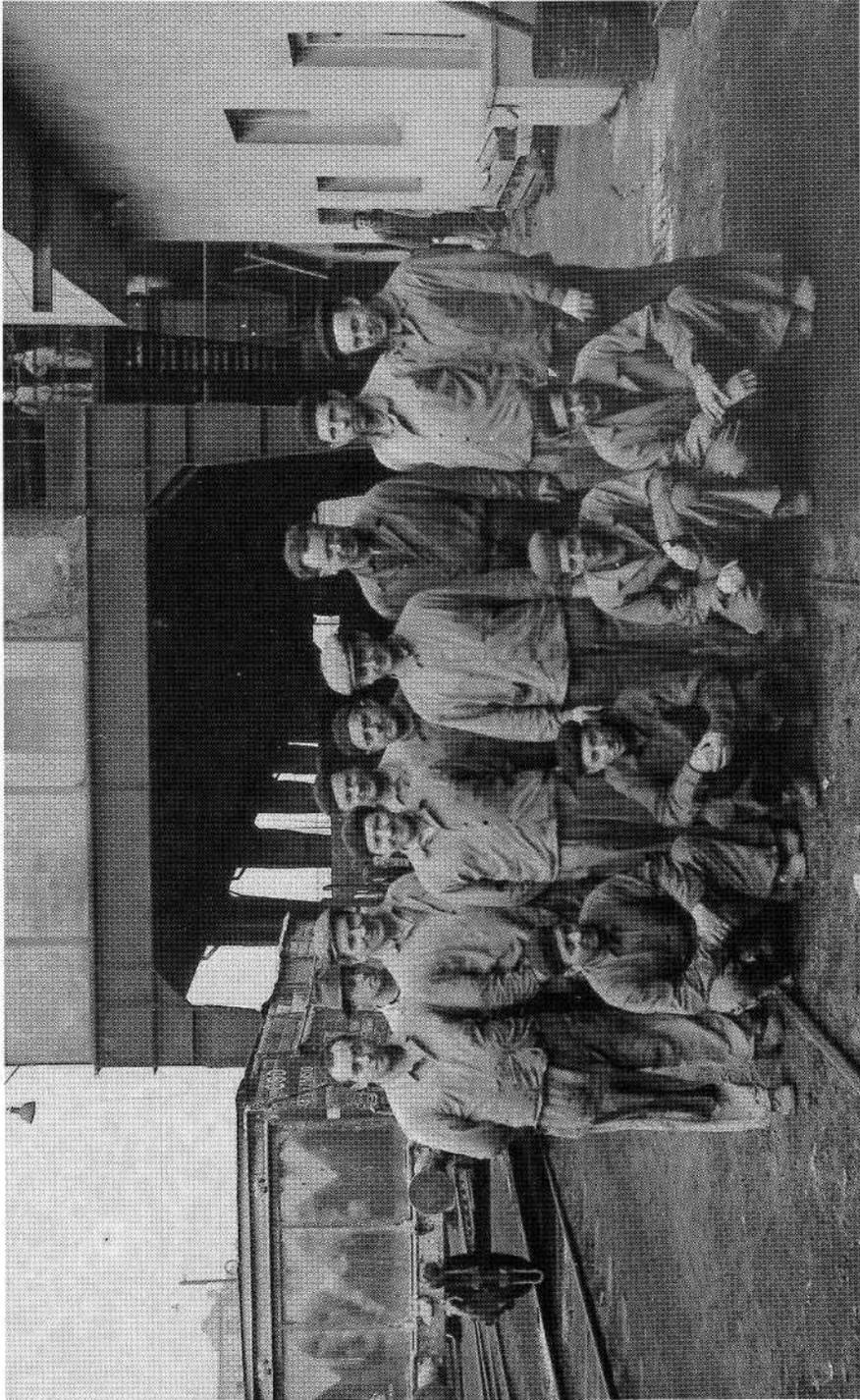


Abb. 1: Brigade der sozialistischen Arbeit in den Škoda-Werken in Pilsen (1961)



Abb. 2: Funktionär der KPTsch beim Überreichen eines Parteiausweises (1960)



Abb. 3: Brigade der sozialistischen Arbeit in einer Textilfabrik in Eger (1957)

5. Obwohl „Überzeugungsarbeit“ der Partei (und der Gewerkschaften) unter den Arbeitern nach den Erfahrungen des Jahres 1953 im ganzen ein alternativloses Konzept war, es auf diesem Weg allerdings – wie am Beispiel der Schichtarbeit gezeigt – nur sehr langsam voranging, griff die KPdTs in späteren Phasen in manchen Fällen doch wieder auf den Versuch zurück, zur Formierung der Industriearbeiterschaft massivere Mittel einzusetzen. In diesen Zusammenhang gehört das Dauerproblem der schlechten Arbeitsmoral, mit dem sich Partei, Gewerkschaften und Betriebe seit 1945 beschäftigen mußten. Es soll hier etwas ausführlicher dargestellt werden. Uns interessiert dabei vor allem, wie die unteren gewerkschaftlichen Funktionärskader und die Arbeiter selbst mit dieser Frage umgegangen sind und was dieser Umgang über das soziale Milieu der Arbeiter aussagt.

Die quantitative Erfassung des Problems ist schwierig, da die einschlägigen Statistiken das hier zunächst interessierende „unentschuldigtes Fehlen am Arbeitsplatz“ meistens nicht gesondert ausweisen; sie benutzen vorwiegend den breiteren, dabei aber keineswegs einheitlich definierten Begriff der „Absenz“, unter dem „Blau-machen“ mit Fehlen aufgrund von Krankheit, Arbeitsunfall, Freizeitausgleich, auswärtiger Schulung, Militärdienst etc. zusammengefaßt wird. Für eine grobe Orientierung mögen die folgenden Zahlen genügen: 1948 machte unentschuldigtes Fehlen am Arbeitsplatz in der ČSR 6,5 Prozent des jährlichen Arbeitszeitvolumens aus,<sup>59</sup> 1952 lag der gleiche Wert in den großen Betrieben bei drei Prozent.<sup>60</sup> Ganz erhebliche Abweichungen ergaben sich u.a. aus der spezifischen Sozialstruktur der Industriearbeiterschaft: Im Bauwesen, das in hohem Maße *kovorolníci* beschäftigte,<sup>61</sup> konnten in den fünfziger Jahren während der Aussaat- und Erntemonate Spitzenwerte bis zu 40 Prozent erreicht werden, wie für die Baubetriebe in Písek (Písek) 1956 auf einem Aktiv von Bezirksfunktionären der Gewerkschaften berichtet wurde.<sup>62</sup> Im gleichen Zeitraum betrug die industrielle Absenz – von einem Industriezweig zum anderen schwankend – zwischen zehn und 20 Prozent,<sup>63</sup> doch zeigen detaillierte statistische Angaben für einzelne Betriebe, daß die *bulači* (Bummelanten) dabei nicht ins Gewicht fielen: Bei zwei Schichten in den Eisenwerken in Vítkovice mit einer Fehlbelegung von jeweils 30 Prozent (April 1953) hätte unentschuldigtes Fehlen am Arbeitsplatz allein, unter Ausschluß aller anderen Faktoren der Absenz, diesen Anteil auf 3,5 bzw. 2,5 Prozent herabgedrückt,<sup>64</sup> also etwa auf die

<sup>59</sup> Beinhauerová, Anna: Pracovní morálka a výkonnost v průmyslové výrobě v českých zemích v období dvouletky [Arbeitsmoral und Leistungsfähigkeit in der industriellen Produktion in den böhmischen Ländern während des Zweijahresplans]. Slezský sborník 88 (1990), H. 2, 131–136, hier 133.

<sup>60</sup> VOA, Prag, ÚRO-Před., Karton 14, Nr. 160. Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften vom 4.9.1952.

<sup>61</sup> Im Jahr 1953 machten die *kovorolníci* 45–50 Prozent aller Arbeiter in der Bauindustrie der böhmischen Länder aus, in der Slowakei waren es zur gleichen Zeit etwa 70 Prozent. Vgl. Kalinová: Vývoj struktury a postavení 1027.

<sup>62</sup> VOA, Prag, KOR, Karton 75/1956, Nr. 138/1. Bewertung der allgewerkschaftlichen Aktive der Bezirksfunktionäre vom 6.–20.7.1956 in allen Bezirken des Kreises České Budějovice.

<sup>63</sup> Kalinová: Vývoj struktury a postavení 1045.

<sup>64</sup> VOA, Prag, ÚRO-VMP, Karton 2. Berichte aus den Brigaden. Berichte über sozialistischen Wettbewerb 1953 (Závod Vysoké péče Vítkovických železáren Klementa Gottwalda).

oben für 1952 angegebene Größenordnung. Das eigentliche Problem der schlechten Arbeitsmoral lag demnach nicht bei denen, die der Vorstand des Zentralrates der Gewerkschaften als „parasitäre Elemente“ skandalisierte,<sup>65</sup> sondern versteckte sich hinter dem hohen Krankenstand, der in der Absenzzbilanz am stärksten zu Buche schlug.<sup>66</sup>

Mit der Regierungsverordnung vom 3. Juni 1953 wollte die KPTsch – mitten in den Unruhen nach der Währungsreform – den großangelegten Versuch unternehmen, das Problem der mangelnden Arbeitsdisziplin mit einer Reihe rigider Maßnahmen und mit drakonischen Strafen unter Kontrolle zu bekommen. Drei Tage später konnte die Gewerkschaftsspitze Partei und Regierung mit dem Hinweis auf die explosive Situation in der Arbeiterschaft dazu bewegen, den Regierungsbeschluss wieder zurückzunehmen; sie lud sich nun allerdings selbst die „volle Verantwortung“ für die Lösung des Problems auf.<sup>67</sup> Eine grundlegende Besserung trat jedoch in den folgenden Jahren nicht ein, und die Parteiführung übte immer wieder heftige Kritik: Noch der Bericht des ZK der KPTsch zum XII. Parteitag im Dezember 1962 geißelte die Verletzung der „Staatsdisziplin“, d. h. der Arbeitsmoral, als eine der „wesentlichen Ursachen der unbefriedigenden Effektivität unserer Volkswirtschaft“.<sup>68</sup> Der Zentralrat der Gewerkschaften gab diese Vorwürfe an seine Betriebsorganisationen weiter, die, wie er meinte, in diesem Punkt nicht energisch genug handelten und ihre institutionellen Möglichkeiten (Disziplinarkommissionen, „Genossengerichte“ etc.) nicht ausschöpften.<sup>69</sup>

In der Tat bieten die Betriebsräte bzw. die gewerkschaftlichen Betriebsausschüsse in dieser Hinsicht – wohl auch in Abhängigkeit vom Arbeitskräftebedarf des jeweiligen Betriebes<sup>70</sup> – ein äußerst uneinheitliches Bild. Manche plädierten für eine beträchtliche Verschärfung der gängigen Strafpraxis (Lohnabzug bzw. Geldstrafe, Relegierung, Urlaubskürzung etc.), andere nahmen es weit weniger genau: In einem Betrieb im nordwestböhmischen Záluží (Zaluží), in dem jahrelang monatlich im Durchschnitt 400 Schichten unentschuldigt versäumt wurden, behandelte der Betriebsausschuß innerhalb von zwei Jahren nur 50 Fälle von Absentismus.<sup>71</sup> Die

<sup>65</sup> VOA, Prag, ÚRO-PŘ, Karton 65, Nr. 384 I/3, Beilage II. Bericht über die Verletzung der Arbeitsdisziplin durch unbegründetes Versäumen von Arbeitsschichten (für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 23.7.1963).

<sup>66</sup> VOA, Prag, ÚRO-Sekr. II, Karton 75, Nr. 240/5. Information für Genossen Hnilička über den Stand der Verkürzung der Arbeitszeit. Entwicklung der Absenz und der Fluktuation im ersten Quartal 1957. In der gesamten Industrie machte danach die Absenz etwas mehr als zehn Prozent aus; auf „unbegründete“ Absenz entfielen davon 0,8 Prozent, auf Absenz wegen Krankheit und Arbeitsunfall 7,8 Prozent.

<sup>67</sup> Ausführlich dazu Státník, Dalibor: Sankční pracovní právo v padesátých letech: Vládní nařízení o opatřeních proti fluktuaci a absenci č. 52/1953 Sb. [Arbeitsrecht und Sanktionen in den fünfziger Jahren: Die Regierungsverordnung über Maßnahmen gegen Fluktuation und Absenz Nr. 52/1953 Sb.]. Praha 1994 (Sešity Ústavu pro soudobé dějiny 17). – Das Zitat nach einer Mitteilung in der Gewerkschaftspresses. Vgl. Odborář 6 (1953), Nr. 14, 617.

<sup>68</sup> Vgl. dazu die Einleitung zu dem in Anm. 65 zit. Bericht.

<sup>69</sup> E b e n d a.

<sup>70</sup> So die Vermutung des Zentralrates der Gewerkschaften. E b e n d a.

<sup>71</sup> E b e n d a.

Akten der Disziplarkommission der Pilsener Škoda-Werke in den frühen fünfziger Jahren zeigen, daß die Kommission ihre härteste Strafe, die Empfehlung zur Einweisung in ein Erziehungslager, nur in Fällen lang anhaltender Arbeitsbummelei und erst nach Ausschöpfung aller anderen Mittel aussprach und es im übrigen bei abgestuften Verweisen und kleinen Geldstrafen beließ.<sup>72</sup> Auch die Betriebszelle der KPČ im gleichen Werk war häufig der Meinung, daß „Staatsdisziplin“ nicht über alles gehe: Das Parteimitglied, das vom Werk als Brigadier in ein Kohlenrevier entsandt wurde und stattdessen nach Hause fuhr, konnte – bei einer im übrigen unauffälligen Kaderakte – mit dem wohlwollenden Eingreifen der kommunistischen Betriebsorganisation in das Disziplinarverfahren rechnen.<sup>73</sup>

Wo neben den untersten Gewerkschaftsfunktionären die Arbeiter selbst an Maßnahmen gegen die Absenz beteiligt wurden, änderte sich das Bild nicht. Die bereits vor 1953 eingeführten *soudružské návštěvy* (Genossenbesuche), d. h. Hausbesuche von Gewerkschaftern, Angestellten der Krankenversicherung und Arbeitern bei krankgeschriebenen Arbeitern, eine Einrichtung, die an die (erfolglosen) „Laienkontrolleure“ unter der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft im Protektorat Böhmen und Mähren anknüpfte,<sup>74</sup> verbuchten gewiß Erfolge: Im Hüttenbetrieb der Škoda-Werke wurde bei Genossenbesuchen im ersten Drittel des Jahres 1957 festgestellt, daß jeder fünfte der insgesamt 607 Arbeiter, die sich in diesem Zeitraum krankgemeldet hatten, nicht krank war.<sup>75</sup> Die Kreisgewerkschaftsräte setzten denn auch vor allem auf diese Form der Kontrolle,<sup>76</sup> die jedoch keineswegs systematisch und in dem „von oben“ geforderten Umfang angewandt wurde.<sup>77</sup> Teile der Industriearbeiterschaft plädierten zwar – wie ihre betrieblichen Vertretungsorgane – für ein härteres Vorgehen gegen Arbeitsunwillige,<sup>78</sup> und dies vermutlich auch deshalb, weil Absenz bei vielen Arbeitsprozessen die eigenen Verdienstmöglichkeiten

<sup>72</sup> So wurde 1951 beispielsweise ein Hilfsarbeiter dem zuständigen Nationalausschuß zur Einweisung in ein Erziehungslager übergeben, der binnen eines Jahres 58 Schichten unentschuldig versäumt hatte. Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 178, osob 987.

<sup>73</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 178, osob 987. Protokoll der Sitzung der Disziplarkommission vom 25.3.1950. Kaderbegutachtung der Betriebsorganisation der KPČ (Verfahren Josef Brada).

<sup>74</sup> Bundesarchiv-Militärhistorisches Archiv, Freiburg. Bestand Rüstungskommando Brünn, RW 22/40. Kriegstagebuch Brünn, 1.1.1944 bis 31.3.1944. Aktenvermerk über Besprechung betr. den hohen Krankenstand der Waffenwerke Brünn AG, Werk I, am 27.1.1944, 43.

<sup>75</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 15, PV 1963. Genossenbesuche im Hüttenbetrieb vom 1.1.1957 bis 25.4.1957.

<sup>76</sup> VOA, Prag. KOR, Karton 81/1956, Nr. 144. Bericht für die Sitzung des Vorstandes des Kreisgewerkschaftsrates Olomouc (Olmütz) am 28.2.1956.

<sup>77</sup> VOA, Prag. ÚVOS, Horníci, Karton 23, 1954. Delegationsberichte. Verzeichnis der im Revier Pilsen am 7.12.1954 durchgeführten Aufgaben.

<sup>78</sup> Vgl. dazu den undatierten Bericht über die Reaktionen der Arbeiterschaft (u. a. in sieben Prager Betrieben) auf die Zurücknahme der Regierungsverordnung vom 3.6.1953 über Maßnahmen gegen Fluktuation und Absenz, in: Informační bulletin, Sondernummer Juni 1953, 1–2. Dieses interne, in den fünfziger Jahren nur für hohe Gewerkschaftsfunktionäre bestimmte Mitteilungsblatt wurde seit 1952 vom Sekretariat des Zentralrates der Gewerkschaften herausgegeben.

beeinträchtigte.<sup>79</sup> Die Frage der Beteiligung an den Genossenbesuchen führte aber unter den Arbeitern zu heftigen Kontroversen.<sup>80</sup> Die Metallarbeiter in Hloubětín (Hloubětín) verweigerten die Teilnahme an den Kontrollen und erklärten, „daß der Arbeiter gegenüber dem Arbeiter nicht den Polizisten spielen wird“.<sup>81</sup> Schließlich ist deutlich, daß auch in der gewichtigen Frage der Absenz Wohnsituation und Sozialstruktur eines großen Teils der Industriearbeiter ihre Erfassung, Kontrolle und Disziplinierung einschränkten. In einer Plenarsitzung des Betriebsrates der Škoda-Werke im November 1952 hieß es, man führe zwar Genossenbesuche durch, habe aber kein Geld für Fahrkarten, um die in den Landgemeinden wohnenden Arbeiter aufsuchen zu können.<sup>82</sup> Diese stellten 1957 rund 40 Prozent der gesamten Belegschaft des Pilsener Werkes.<sup>83</sup>

Unsere Skizze der Absenzproblematik würde durch weitere Details nicht an klaren Konturen gewinnen. Es bleibt der Eindruck des „Durchwurstelns“ und des unvermittelten Nebeneinanders rigider und „benevolenter“ Einstellungen und Konzepte. Diesen lag gleichwohl ein stillschweigender, wenn auch nur negativ definierter Konsensus zugrunde, der Industriearbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben zusammenschloß. Das wird erkennbar, als die KPTsch im April 1961 mit dem Gesetz über die örtlichen Volksgerichte<sup>84</sup> einen Vorstoß unternahm, um sich über die staatliche Verwaltung einen direkten Zugriff auf die Bearbeitung der Arbeitsmoralproblematik zu verschaffen. Im Anschluß an die in der Verfassung vom Juli 1960 erklärte Absicht, Kompetenzen staatlicher Organe auf gesellschaftliche Organisationen übertragen zu wollen und dabei auch eine „Vergesellschaftung“ des Justizwesens anzustreben, sollten die Volksgerichte „weniger schwerwiegende Verletzungen der Rechtsordnung und kleine Streitigkeiten zwischen den Bürgern“ verhandeln, sich aber auch der Erziehung „zu einem sozialistischen Verhältnis zur Arbeit“ (§ 1, Abs. 2 des Gesetzes) annehmen. Dementsprechend wurde die Mehrheit der Gerichte direkt am Arbeitsplatz gegründet. Bis Ende 1961 hatten sich 354 der insgesamt 667 in den böhmischen Ländern und der Slowakei eingesetzten Volksgerichte als „Volksgerichte in den Betrieben“ konstituiert.<sup>85</sup> Mit der Einheitsgewerk-

<sup>79</sup> Bei den Beschlüssen der Disziplinarkommissionen in den Betrieben spielte dieser Punkt eine strafverschärfende Rolle. Vgl. dazu den Beschluß der Disziplinarkommission der Škoda-Werke vom 9.4.1952 gegen einen Metallarbeiter, von dessen Arbeitsleistung der Verdienst von acht angelernten Arbeiterinnen abhing. Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 181, osob 996.

<sup>80</sup> VOA, Prag. KOR, Karton 81/1956, Nr.144. Bericht für die Sitzung des Kreisgewerkschaftsrates Olomouc am 28.2.1956.

<sup>81</sup> VOA, Prag. KOR, Karton 83/1956, Nr.146. Bericht der Abteilung für Wohnungs- und soziale Fragen des Kreisgewerkschaftsrates Prag vom 4.9.1956 über die Kontrolle der Kollektivverträge im ersten Halbjahr 1956.

<sup>82</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 1457, PV 33. Protokoll der Plenarsitzung des Betriebsrates vom 5.11.1952. Vgl. dazu auch Anm. 23.

<sup>83</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 9, PV 1445. Protokoll der Sitzung des gewerkschaftlichen Betriebsausschusses vom 31.8.1957. Vgl. Anm. 23.

<sup>84</sup> Gesetz Nr. 38/1961 Sb.

<sup>85</sup> VOA, Prag. ÚRO-PŘ, Karton 58, Nr. 361 III/4. Bericht über die Tätigkeit der Organe des ROH bei der Konstituierung und dem Wirken der örtlichen Volksgerichte für das Jahr 1961. Beilage II, Tabelle 1.

schaft als derjenigen gesellschaftlichen Organisation, die die „Volksnähe“ der Justiz in den Betrieben politisch tragen und in praktische Maßnahmen umsetzen sollte,<sup>86</sup> brachte die Gründung der Volksgerichte in den Betrieben zugleich die staatliche Verwaltung ins Spiel: Zum einen entschied der zuständige Bezirksnationalausschuß definitiv über die Einsetzung eines Volksgerichtes am Arbeitsplatz, zum anderen lag das Recht, die Volksrichter in ihrem Amt zu bestätigen, beim lokalen Nationalausschuß.<sup>87</sup> Die Volksrichter, die sich überwiegend aus Arbeitern und durchschnittlich zu einem Drittel aus ehemaligen Volksrichtern an den Bezirksgerichten rekrutierten, wurden durch die Belegschaft des Betriebes aufgrund einer Kandidatenliste gewählt, die der Betriebsausschuß der Gewerkschaften zusammenstellte.<sup>88</sup>

Ziel des Gesetzes war keine flächendeckende, sondern die bedarfsorientierte Errichtung von Volksgerichten.<sup>89</sup> Unter diesem Aspekt und angesichts der Dimension des Problems<sup>90</sup> erscheint die bis 1963 auf vermutlich über 400 angestiegene Zahl der Volksgerichte in den Betrieben<sup>91</sup> als gering und läßt auf Abwiegeln vor Ort schließen, das sich nach der Einsetzung eines Gerichts fortsetzte: Das zeigte sich beispielsweise in den Maschinenbaufabriken des Nationalunternehmens Dubnica nad Vahom, wo der Betriebsausschuß der Gewerkschaften das Gericht offen boykottierte.<sup>92</sup> Dies lag zunächst auch daran, daß der zuständige Bezirksnationalausschuß die Gründung des Gerichts einfach diktierte und sich nicht an die vereinbarten Modalitäten des Gründungsprozesses hielt.<sup>93</sup> Der Widerstand formierte sich dann

<sup>86</sup> Vgl. dazu den Beitrag des Leiters der Abteilung für Arbeitsrecht im Zentralrat der Gewerkschaften Mařík, Vladimír: Místní lidové soudy v závodech [Die örtlichen Volksgerichte in den Betrieben]. Odborář 14 (1961), Nr. 13, 709–713.

<sup>87</sup> VOA, Prag. ÚRO-PR, Karton 53, Nr. 348 I/2. Informationsbericht über die Aufgaben des ROH bei der Gründung und Tätigkeit der örtlichen Volksgerichte (für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 6.6.1961).

<sup>88</sup> Eben da. Im Mittelslowakischen Kreis stellten Arbeiter fast 60 Prozent der gewählten Volksrichter, über 26 Prozent gehörten zur „arbeitenden Intelligenz“.

<sup>89</sup> Vgl. dazu den in Anm. 85 zit. Bericht.

<sup>90</sup> In dem in Anm. 87 zit. Bericht wird zwar das Ausmaß „nichtsozialistischen Verhaltens“ in den Betrieben als Residualgröße dargestellt, doch läßt der organisatorische Aufwand bei der Errichtung der Volksgerichte auf eine andere Einschätzung schließen. Neben dem gesamten organisatorischen Apparat des ROH waren die Generalstaatsanwaltschaft, das Innenministerium, der Tschechoslowakische Jugendverband und das durch das ZK der KP Tsch mit der Koordinierung beauftragte Justizministerium an den vorbereitenden Maßnahmen zur Einsetzung der Gerichte beteiligt.

<sup>91</sup> Zum 31.3.1963 bestanden insgesamt 879 örtliche Volksgerichte. VOA, Prag. ÚRO-PR, Karton 66, Nr. 390 I/3. Bericht über die Tätigkeit der Organe des ROH bei der Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit und bei der Entfaltung der Tätigkeit der örtlichen Volksgerichte (für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 20.11.1963). Nach Tab. 1 des in Anm. 85 zit. Berichts entfiel etwa die Hälfte der örtlichen Volksgerichte auf Volksgerichte in den Betrieben.

<sup>92</sup> VOA, Prag. Strojirensví, Karton 55, 1962. Bericht über die Tätigkeit des örtlichen Volksgerichtes in den Maschinenbau- und metallurgischen Betrieben des Nationalunternehmens Dubnica nad Vahom von der Gründung bis zum 15.4.1962.

<sup>93</sup> Nach dem in Anm. 92 zit. Bericht wurden die Betriebe in Dubnica nad Vahom für die Gründung eines Volksgerichtes „ausgewählt“, vermutlich von höheren Gewerkschaftsorganen in Absprache mit dem Bezirksnationalausschuß. Die Richtlinien des Zentralrates hatten vorgesehen, daß die Initiative zur Konstituierung der Volksgerichte in den Betrieben

aber offenbar gegen die Politik des Zentralrates der Gewerkschaften. Dieser stellte Ende 1961 fest, daß die gewerkschaftlichen Betriebsorganisationen zu wenig Initiative entwickelten, um das Interesse der Belegschaft an der Arbeit der Gerichte zu wecken, und geringe Bereitschaft zeigten, sich selbst – wie gefordert – in deren Tätigkeit einzuschalten und damit die Autorität der Gerichte zu heben. Zwei Jahre später warf die Gewerkschaftsführung ihren Betriebsorganen „schwerwiegende Mängel“ bei der Zusammenarbeit mit den Gerichten vor; diese seien in den Betrieben „isoliert“. <sup>94</sup> Schärfere und spezifischer war die Kritik an den Volksgerichten selbst, die das hauptsächliche Interesse des Zentralrates erkennen läßt, das der Stoßrichtung des Gesetzes vom 18. April 1961 folgte: Im Kampf gegen die schlechte Arbeitsmoral müßten die Volksgerichte in den Betrieben künftig eine „weit größere Rolle“ spielen, heißt es in einem Bericht der Gewerkschaftsführung vom November 1963. <sup>95</sup> Zwar habe das Engagement der Volksgerichte in dieser Frage allmählich zugenommen, es sei aber weit davon entfernt, „die Einhaltung der Arbeitsdisziplin in den Betrieben in einem bedeutenderen Maße zu beeinflussen“. <sup>96</sup>

Vor allem aber mußte sich der Zentralrat der Gewerkschaften eingestehen, daß das grundlegende Zielkonzept des Gesetzes, nämlich die Arbeiter selbst, ausgestattet mit der Autorität eines Volksrichters, gegen ihre Arbeitskollegen zu mobilisieren, und zwar bei allen vor den Volksgerichten verhandelten Delikten, vollständigen Schiffbruch erlitten hatte. Aus den in Tabelle 3 zusammengestellten Angaben geht klar hervor, daß die örtlichen Volksgerichte (die Volksgerichte in den Betrieben sind nicht gesondert ausgewiesen) nur in einem verschwindend geringen Ausmaß selbst den Anstoß zur Einleitung eines Verfahrens gegeben haben, nämlich in wenig mehr als zwei Prozent aller Fälle. Über 90 Prozent der Verfahren vor den Volksgerichten initiierten staatliche Institutionen: die Gerichte und Staatsanwaltschaften, die Polizei und die Strafkommisionen der Nationalausschüsse. Der Vorstoß der KPTsch über die staatliche Verwaltung und den Zentralrat der Gewerkschaften provozierte somit eine „Vereinheitlichung“ der disparaten Methoden im Umgang mit der Arbeitsmoralproblematik in der Form einer deutlichen Abwehrhaltung gegen Interventionen von außen, deren Exekution zwar aufgrund der Machtverhältnisse nicht oder nur in geringem Maße abgeblockt werden konnte, die man aber als Aufforderung zur Entwicklung von Eigeninitiative völlig ins Leere laufen ließ. Nach zweijähriger Tätigkeit der Volksgerichte in den Betrieben mußte die Gewerkschaftsführung außerdem feststellen, daß nur zehn Prozent der vor den Betriebstribunalen verhandelten Fälle Fragen der Arbeitsdisziplin betrafen. <sup>97</sup>

Inwieweit bei der Abschottung gegen äußere Eingriffe die Erinnerung an die frühen fünfziger Jahre eine Rolle spielte, als die Staatsorgane mit einer Mischung aus sozialistischer *austerity*, kleinbürgerlichem Puritanismus und nacktem Terror

---

vom jeweiligen gewerkschaftlichen Betriebsausschuß ausgehen sollte. Vgl. Beilage II zu dem in Anm. 87 zit. Bericht.

<sup>94</sup> Vgl. dazu den in Anm. 91 zit. Bericht.

<sup>95</sup> E b e n d a.

<sup>96</sup> E b e n d a.

<sup>97</sup> Vgl. dazu den in Anm. 65 zit. Bericht.

Tabelle 3: Verteilung der Anträge auf Einleitung des Verfahrens vor den örtlichen Volksgerichten auf die antragstellenden Institutionen vom 1.7. bis 31.12.1961

	Gerichte und Staatsanwalt- schaften	Polizei	National- ausschüsse u. a. Organisationen	Bürger	Örtliche Volks- gerichte	insgesamt
Prag-Stadt	86	141	97	7	9	340
Mittelböhmischer Kreis	62	357	46	17	6	488
Südböhmischer Kreis	21	137	12	6	0	176
Westböhmischer Kreis	24	106	35	9	0	174
Nordböhmischer Kreis	91	330	93	7	3	524
Ostböhmischer Kreis	33	180	101	2	0	316
Südmährischer Kreis	125	244	79	18	8	474
Nordmährischer Kreis	88	366	98	1	29	582
böhmische Länder	530	1861	561	67	55	3074
Westslowakischer Kreis	38	274	160	63	8	543
Mittelslowakischer Kreis	44	203	127	27	5	406
Ostslowakischer Kreis	12	101	48	30	18	209
Slowakei	94	578	335	120	31	1158
insgesamt	624	2439	896	167	86	4252
in %	14,7	57,6	21,2	4,4	2,1	100

Quelle: VOA, Prag. ÚRO-PR, Karton 58, Nr. 361 III/4.

Jagd auf pflichtvergessene Arbeiter machten,<sup>98</sup> ist schwer abzuschätzen. Andere Antriebe kamen wohl aus der „materiellen“ Bedeutungsschicht des Betriebspatriotismus, aus der Vorstellung der Arbeiter, der Betrieb sei ihr „Gemeinbesitz“, in den andere nicht „hineinzureden“ hatten: Der Betriebsdirektor sei für die Produktion verantwortlich, „aber die Fabrik gehört uns allen“, hieß es im Mai 1951 in einer Sitzung des Betriebsrates der Škoda-Werke,<sup>99</sup> und so dachten vor allem auch die Bergleute („Der Schacht gehört uns“).<sup>100</sup> Es liegt nahe, daß sich solche Einstellungen keineswegs nur mit „lauteren“ Motiven verbanden. Es hatte schon seit den frühen fünfziger Jahren unter den Industriearbeitern und den kleinen Gewerkschaftsfunktionären Tradition, daß sie sich bei Mißständen in ihrem Betrieb gegen Inspektionen und Kontrollen höherer Gewerkschaftsorgane abriegelten, und dies oft buchstäblich genommen: Als sich Mitglieder einer Kommission des Zentralrates der Gewerkschaften 1951 in einigen großen Betrieben selbst davon überzeugen wollten, wie Frauen in den Arbeitsprozeß eingegliedert wurden (wobei es in vielen Fällen skandalös zugeht), wurden sie in einigen Maschinenbaufabriken bereits vom Pförtner abgewiesen.<sup>101</sup>

6. Die Volksgerichte in den Betrieben illustrieren – *pars pro toto* – die institutionelle Malaise des kommunistischen Systems: Seit 1948 läßt sich die Organisation der innerbetrieblichen Sanktionsberechtigung (wer kann was bestrafen) als ein *trial and error*-Verfahren bezeichnen, in dem eine institutionelle Neuregelung auf die andere folgte und für die Erarbeitung stabiler Handlungskriterien kaum Zeit blieb. Nur vier Jahre vor der Einsetzung der Volksgerichte waren mit dem Gesetz Nr.24/

<sup>98</sup> Vgl. dazu die Tabellen 5, 6 und 7 (95 f.) bei Borák, Mečislav/Janáček, Dušan: *Tábory nucené práce v ČSR 1948–1954* [Zwangsarbeitslager in der ČSR 1948–1954]. Šenov 1995. – Die Konstruktion eines Prototyps der frühen fünfziger Jahre durch die Partei- und Staatsorgane war in der Tat ganz auf kleinbürgerliche Moralvorstellungen und Selbstzwangapparaturen im Sinne rigider Triebversagung zugeschnitten. Vgl. dazu die „Psychogramme“ notorischer Müßiggänger in den Pilsener Škoda-Werken aus dem Jahr 1953, die diese „Feinde der volksdemokratischen Ordnung“ mit etwas stutzerhaften Bonvivants identifizieren, denen der Sinn nach leichten Mädchen, Kartenspielen, Alkohol und Zigaretten stand und die es mit sehr wenig Arbeit doch zu einem Wochenendhäuschen brachten. Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 14, 4327. Beilage zum Protokoll der außerordentlichen Plenarsitzung des Betriebsrates vom 29.6.1953. Ob solche Bilder in den erwünschten Dimensionen Ressentiments schüren konnten, erscheint mir eher zweifelhaft. Für hedonistische Stimmungen in der Arbeiterschaft gibt es Beispiele zuhauf. So trat die gesamte Nachtschicht eines Betriebes in Hořice (Hořitz) im Oktober 1953 statt des Dienstes einen „kollektiven Urlaub“ an, um sich beim Tanz auf einer Kirmes vergnügen zu können. Am nächsten Tag streikte sie gegen Nachtarbeit. SÚA, Prag. Fonds ÚV KSC 02/4, Bd. 54, Nr. 22, 5–11. Genitaler Sex in den Fabriken war keineswegs selten, wie die Akten der Disziplinarkommission der Škoda-Werke zeigen. Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 945, UZ 507. Untersuchung im Blechpress-Werk (Juni 1953).

<sup>99</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 13, 669. Protokoll der Plenarsitzung des Betriebsrates vom 28.5.1951.

<sup>100</sup> Zit. nach dem Protokoll des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften vom 28.5.1953. VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 16, Nr. 177.

<sup>101</sup> VOA, Prag. ÚRO, PaM 1951, Karton 1. Untersuchung zu den Schwierigkeiten bei der Eingliederung von Frauen in den Arbeitsprozeß (Februar 1951).

1957 Sb. Disziplinarorgane am Arbeitsplatz errichtet worden, deren Aufgaben sich in der Praxis nicht von denen der Volksgerichte in den Betrieben unterschieden.<sup>102</sup> Es fehlte somit gewiß nicht an institutioneller Differenzierung: Zu Beginn der sechziger Jahre gab es in den Betrieben entweder Volksgerichte oder die eben erwähnten Disziplinarorgane, die Disziplinarcommissionen „alten Stils“, wie etwa in den Vereinigten Stahlwerken in Kladno, Genossengerichte und – in den großen Unternehmen – auf Werkstatt- oder Abteilungsebene Gremien, bei denen die Sanktionsberechtigung für Bagatelldelikte lag.<sup>103</sup> Die besondere Leistung institutioneller Differenzierung – die Ausgliederung spezifischer Handlungskontexte aus dem allgemein gültigen Normen- und Sanktionssystem, in denen dann eigene alternative Zielvorstellungen formuliert werden können – konnte dabei aber nicht erbracht werden. Denn alle genannten Einrichtungen wurden an ein gemeinsames Ziel rückgebunden: an das (politische) Ideal einer konformen sozialistischen Einstellung zur Arbeit,<sup>104</sup> das keine Entscheidungsalternativen erlaubte, die wiederum erst – durch konkurrierende Handlungsorientierungen – soziale Dynamik ermöglicht hätten. Insofern hatte das „Durchwursteln“ in der Frage der mangelnden Arbeitsdisziplin, von dem oben die Rede war, durchaus auch seine institutionellen Voraussetzungen. Es leuchtet außerdem ein, daß diese institutionelle Struktur – und sie war das Grundprinzip der Organisation des Produktionsprozesses und des diesen formierenden und kontrollierenden Apparats<sup>105</sup> – in ihrer Undurchsichtigkeit (eine Fülle verschiedener Organisationen mit identischem Tätigkeitsbereich) den antibürokratischen Stimmungen in der Arbeiterschaft zusätzlichen Auftrieb gab; sie war, wie noch zu zeigen sein wird, der Nährboden für radikal vereinfachende interessenspolitische Vorstellungen der Arbeiter.

7. Die Arbeitsmoralproblematik führt mit der „negativen“ Allianz zwischen Arbeitern und Funktionären der betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen auf die Frage nach der „Eindringtiefe“ des Gewerkschaftsapparates in die Industriearbeiterschaft. Das gedachte Ordnungskonzept der Gewerkschaften als dem „Transmissionsriemen“ der kommunistischen Partei, dem die Einheitsgewerkschaft jedenfalls seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre folgte,<sup>106</sup> ist eine Sache. Eine andere ist, wie die riesige Masse der Beschlüsse, Instruktionen, Richtlinien und Anweisungen der Gewerkschaftsspitze (und auch der Kreisgewerkschaftsräte) zur Organi-

---

<sup>102</sup> Beide deckten sich in ihrer Tätigkeit insoweit, als sie vorwiegend Fälle von kleinerem Diebstahl behandelten.

<sup>103</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 180, osob 995. Sitzung der Disziplinarcommission am 17. 8. 1951.

<sup>104</sup> Vgl. dazu die Einleitung zu dem in Anm. 65 zit. Bericht.

<sup>105</sup> Ein Musterbeispiel ist in diesem Zusammenhang die Organisation des sozialistischen Wettbewerbs in den Betrieben mit der typischerweise immer wiederkehrenden Situation der scheiternden Koordinierung der Tätigkeiten einer Vielzahl von Stellen, die alle faktisch mit dem „Gesamtpblem“ befaßt waren.

<sup>106</sup> Zu den Kontroversen über die Rolle der Gewerkschaften beim Aufbau des Sozialismus, die in den frühen fünfziger Jahren zwischen Parteiführung und Gewerkschaftsspitze ausgetragen wurden, einige Hinweise in der in Anm. 67 zit. Untersuchung von Státník.

sation des Produktionsprozesses und zur Gewährleistung der Planerfüllung von den untersten Funktionärskadern in die betriebliche Praxis übersetzt wurde.<sup>107</sup>

Nach den Betriebsratwahlen des Jahres 1954 entfiel in der Industrie<sup>108</sup> auf 3,4 Arbeiter ein Funktionär, und zehn Jahre später ergaben die Wahlen zu den gewerkschaftlichen Betriebsausschüssen mit einem Funktionär auf 4,1 Arbeiter eine nur leicht veränderte Relation.<sup>109</sup> Solche Dimensionen lassen sich z. T. auch aus der extensiven Beschäftigungspolitik der Partei erklären, die die Gewerkschaften zwang, für Zehntausende, die nie zuvor in der Industrie gearbeitet hatten, „Aufgangsstrukturen“ in den Betrieben zu bilden. Die organisationstechnische Problematik dieser enormen Dichte der gewerkschaftlichen Funktionärskader in den Betrieben selbst – allerdings war nur ein sehr kleiner Teil als bezahlte Funktionäre von Arbeitsleistungen freigesetzt<sup>110</sup> – soll hier nicht aufgerollt werden; sie lag u. a. auch in der spezifischen Form der Institutionenbildung, auf die im Zusammenhang mit den Volksgerichten hingewiesen wurde. Hier ist zusammenfassend lediglich festzustellen, daß der Effekt dieses massiven Einsatzes von Funktionären auch nach Auffassung der Gewerkschaftsführung gering gewesen ist. Man habe zwar in den Betrieben ein „breites gewerkschaftliches Aktiv“, hieß es in einer Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften im Juni 1953, doch sei diese gewerkschaftliche Machtposition „leider formal“.<sup>111</sup> Im Folgenden werden einige Anlässe dieser Kritik dargestellt, die Parteinahme, offene Unterstützung oder verständnisvolle „Nichtintervention“ der betrieblichen Gewerkschaftskader gegenüber den Arbeitern erkennen lassen.

Erstens ist deutlich, daß die Funktionäre wenig Neigung verspürten, „unangenehme“ betriebliche Erfordernisse an die Arbeiter heranzutragen. Als das ZK der KPTsch 1951 die Einführung der zweiten und dritten Schicht vor allem in der Schwerindustrie forderte (s. o.), waren zahlreiche betriebliche Vertrauensleute, Werkstättenräte und Betriebsräte im Kreis Ústí n. L. nicht bereit, die Belegschaften

<sup>107</sup> Ein Mitglied des Kreisgewerkschaftsrats České Budějovice zählte für die Zeit von der kommunistischen Machtübernahme bis zum Mai 1956 77000 Verordnungen, Kundmachungen, Richtlinien und Gesetze, die der Zentralrat der Gewerkschaften, Ministerien und Regierung zu den Aufgaben der Gewerkschaften (Organisation der Produktion, Absicherung der Planerfüllung, Arbeitsrecht, Krankenversicherung etc.) herausgegeben hatten. VOA, Prag. KOR, Karton 74/1956, Nr. 137. Plenarsitzung des Kreisgewerkschaftsrates České Budějovice am 18.5.1956.

<sup>108</sup> D. h. Energieerzeugung, Hüttenindustrie, Maschinenbau, chemische Industrie, Bauwesen, Holz- und Papierindustrie, Textilindustrie, Glas- und Keramikindustrie, Lebensmittelindustrie.

<sup>109</sup> Berechnet nach den von der ökonomisch-statistischen Abteilung des Zentralrates der Gewerkschaften herausgegebenen statistischen Berichten. VOA, Prag. MH, Karton 5, 1954, Fasz. 1; Spotřební průmysl, Karton 95, 1964.

<sup>110</sup> In den Pilsener Škoda-Werken (einschließlich der Nebenbetriebe) gab es 1956 insgesamt 33 bezahlte Gewerkschaftsfunktionäre. Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 1, PV 1642. Bisherige Struktur des ROH im gesamten Unternehmen der Lenin-Werke (1.6.1956). Grundsätzlich war die Freistellung erst ab Betrieben mit 400 Beschäftigten möglich, doch galten zahlreiche Ausnahmebestimmungen.

<sup>111</sup> Zit. nach dem Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften vom 19.6.1953. VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 16, Nr. 180.

durch die Einberufung einer Betriebsversammlung über diese Maßnahme auch nur zu informieren.<sup>112</sup> Unübersehbar ist, zweitens, daß die Gewerkschafter in den Basisorganisationen der organisierten industriellen Leistungssteigerung – Stoßarbeit, Stachanovbewegung, sozialistischer Wettbewerb, Normenerhöhung etc. – zu einem großen Teil skeptisch, mit verstecktem Widerstand oder offen ablehnend gegenüberstanden. Im Februar 1950 – Stoßarbeiter- und Stachanovbewegung liefen längst auf Hochtouren – warf der Betriebsrat der Škoda-Werke – das Vertretungsorgan von rund 27 000 Beschäftigten<sup>113</sup> – den Stoßarbeitern vor, ihre Arbeit sei „zur Hälfte mangelhaft“; die besseren Arbeiter seien diejenigen, deren Normen zwar erheblich niedriger lägen, die aber Qualitätsarbeit ablieferten.<sup>114</sup> Der Vorsitzende eines Werkstättenausschusses im gleichen Unternehmen riet Arbeitern, es sich noch einmal zu überlegen, ob sie die Norm erhöhen wollten.<sup>115</sup> Nicht von Arbeitsleistungen freigesetzte Mitglieder des gewerkschaftlichen Betriebsausschusses schlugen sich bei Konflikten um Normerhöhungen – wie 1956 in Teplice (Teplitz) – offenbar auf die Seite der Arbeiter.<sup>116</sup> Drittens schließlich verhielten sich die Funktionäre bei Streiks keineswegs eindeutig. Es gibt Beispiele für ihre offene Zustimmung zu bzw. Beteiligung an Streiks, so etwa im Juni 1953 in einer Karosseriefabrik in Vysoké Mýto (Hohenmauth), in Betrieben in Vimperk (Winterberg), Prag und im Kreis Pardubice (Pardubitz) sowie 1957 in den Vereinigten Stahlwerken Kladno, wo der Vorsitzende eines Werkstättenausschusses einen Streik gegen die Anhebung der Leistungsnormen ausdrücklich billigte.<sup>117</sup> Viel typischer war aber der Versuch, sich aus offenen Konfrontationen zwischen Arbeitern und Betriebsleitung bzw. übergeordneten Instanzen überhaupt herauszuhalten und keine Stellung zu beziehen, wie etwa 1957 in einem Maschinenbauwerk in Jičín (Jitschin).<sup>118</sup> Die häufige Konsequenz war, daß die Betriebsleitung – wenn sie sich auf Verhandlungen einließ – die

<sup>112</sup> Vgl. dazu den in Anm. 36 zit. Bericht. Ein Instrukteur des Kreisgewerkschaftsrates Prag stellte im März 1951 fest, die Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben besäßen nicht „genügend Mut“, um den Arbeitern klarzumachen, daß auch die zweite und dritte Schicht besetzt werden müßten. Seine Kritik bezog sich dabei auf die Gewerkschafter in den Vereinigten Stahlwerken Kladno, in der Schraubenfabrik Liběčice (Lipschitz), im Unternehmen ČKD Slaný (Schlan), in den Eisenwerken in Králův Dvůr und im Betrieb TOS Čelákovice (Čelakowitz). VOA, Prag. ÚRO-Org., Karton 105, Nr. 382.

<sup>113</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 175, osob 698. Aufstellung über die Pendler in den Škoda-Werken vom 24.10.1950.

<sup>114</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 1515, PV 1287. Protokoll der Sitzung des Betriebsrates und des ROH gemeinsam mit den Instrukteuren der einzelnen Werkstätten vom 1.2.1950.

<sup>115</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 11, PV 220. Sadílková an den gewerkschaftlichen Betriebsausschuß vom 17.3.1959.

<sup>116</sup> ÚRO-Sekr. II, Karton 66, Nr. 215/3. Information für Genossen Hnilička. Arbeitsniederlegung am 2.5.1956 im Nationalunternehmen Teplotelna, Betrieb Teplice.

<sup>117</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 16, Nr.180. Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften vom 19.6.1953. – SÚA, Prag. Fonds ÚV KSČ 014/12, Bd. 29, Nr. 11/6. Zum Streik in den Vereinigten Stahlwerken Kladno.

<sup>118</sup> VOA, Prag. ÚRO-PaM, Karton 8, Berichte der Lohnabteilung. Aufzeichnung des Instrukteurs des Zentralrates der Gewerkschaften J. Pokorný über den Streik in der Gießerei des Nationalunternehmens Agrostroj in Jičín am 17. und 18.6.1957 (für Genossen Hnilička).

Arbeiter aufforderte, aus ihrer Mitte ihre Vertreter zu wählen.<sup>119</sup> Die Akzeptanz von Streiks reichte allerdings auch in den frühen fünfziger Jahren bis in höhere gewerkschaftliche Funktionärskreise hinein,<sup>120</sup> und kurz vor der Streikwelle im Juni 1953 konnte sogar ein Mitglied des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften in diesem Gremium unter Berufung auf Lenins Schriften zur Bürokratie und im Blick auf das Verhalten der betrieblichen Leitungsapparate und ihren Umgang mit den Arbeitern unwidersprochen erklären, Streiks seien auch im Sozialismus legitim, wenn sie sich gegen die Anmaßungen der Bürokratie richteten.<sup>121</sup>

8. Die Grenzen des Eindringens des gewerkschaftlichen Machtapparates in das soziale Milieu der Industriearbeiterschaft und damit auch die Grenzen von Kontrollfähigkeit und Herrschaft der Partei in den Betrieben, die wir an verschiedenen, in ihrem Gewicht variierenden Zusammenhängen gezeigt haben (die Liste ließe sich erweitern<sup>122</sup>), waren für Partei und Gewerkschaften nicht nur deshalb prekär, weil sie mehr oder weniger das Liegenlassen diverser Probleme bedeuteten, sondern auch wegen der daraus resultierenden (und nicht immer vorhersehbaren) Folgeprobleme. Hierher gehört die Fluktuation, neben der Absenz ein zweites industrielles Dauerproblem vor allem in den frühen Nachkriegs- und den fünfziger Jahren. Es geht an dieser Stelle nicht um die vielschichtigen sozialen Aspekte der Fluktuation,<sup>123</sup> sondern nur um die durch sie erbrachten – in der einschlägigen Literatur bisher nicht thematisierten – hohen Informationsleistungen. In den fünfziger Jahren lag die

<sup>119</sup> So beispielsweise in einer Fabrik in Strašnice (Straschnitz) während der Streiks im Juni 1953. VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 16, Nr. 180. Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften vom 19.6.1953.

<sup>120</sup> Im Sinne einer gleichmütigen Kenntnisnahme. Ein Instrukteur des Zentralrates der Gewerkschaften, der im März 1950 das politische Sekretariat des Kreisgewerkschaftsrates Jihlava (Iglau) inspizierte, besuchte während seines Aufenthalts in der Stadt auch einen Betrieb. In seinem Bericht vermerkt er kommentarlos, dort habe gerade ein „kurzer Streik“ stattgefunden. VOA, Prag. KOR, Karton 12/1950, Nr. 56. Bericht über die Sitzung des politischen Sekretariats des Kreisgewerkschaftsrates Jihlava (Kokeš).

<sup>121</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 16, Nr. 177. Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften vom 28.5.1953 (Diskussionsbeitrag Kolář).

<sup>122</sup> So besaß die KPTsch in ihren Betriebszellen offenbar keineswegs Kader, die im erwünschten Maße über die verlangte „bolschewistische Gesinnungstreue“ verfügten. In Situationen, in denen die KPTsch von ihren Betriebsorganisationen besonders hohe Einsatzbereitschaft forderte, wie z. B. bei den gesamtstaatlichen Arbeitsnormenüberprüfungen 1950–1952, zeigten diese wenig Engagement. VOA, Prag. Fasz. (ohne Signatur) „Normenüberprüfung auf der Grundlage des Regierungsbeschlusses vom 14.7.1950“, Bericht für den Kreisgewerkschaftsrat Hradec Králové (Königgrätz) vom 30.1.1951. Es war zudem keine Seltenheit, daß Mitglieder kommunistischer Betriebszellen bei Streiks die Forderungen der Arbeiter unterstützten (Streik in den Prager Kohlelagern 1955) oder sich sogar aktiv am Arbeitskampf beteiligten, beispielsweise in den Vereinigten Stahlwerken Kladno 1957. SÚA, Prag. Fonds ÚV KSČ 014/12, Bd. 19, Nr. 616, 6–9; e b e n d a, Bd. 29, Nr. 11/6. Zum Streik in den Vereinigten Stahlwerken Kladno.

<sup>123</sup> Eine frühe Untersuchung der sozialen Dimension des Problems bei Šůra, Jiří: O některých příčinách nestálosti pracujících v zaměstnání. Studie o fluktuaci dělnictva v jednom pražském závodě [Über einige Gründe unbeständiger Arbeitsverhältnisse. Studie über die Fluktuation der Arbeiterschaft in einem Prager Betrieb]. VOA, Prag. ÚRO-Soc., Karton 97, Nr. 96 /15 b. Šůra war Mitarbeiter des Tschechoslowakischen Instituts der Arbeit.

Fluktuation – eingeschränkt auf die zwischenbetriebliche Migration von Arbeitern, die ihr Arbeitsverhältnis gekündigt hatten<sup>124</sup> – im Jahresdurchschnitt bei 10 bis 12 Prozent.<sup>125</sup> Das erschien der Parteiführung zu hoch, und die schon erwähnte Regierungsverordnung vom 3. Juni 1953 zielte denn auch primär auf die Eindämmung der Fluktuation. Verstreute Angaben zu einzelnen Betrieben lassen vermuten, daß sich die Fluktuation in den sechziger Jahren gegenüber dem vorangegangenen Jahrzehnt halbierte, wobei große lokale Unterschiede bestehen blieben.<sup>126</sup> Zusammen mit der massenhaften zwischenbetrieblichen Wanderungsbewegung der Brigaden bildete die Fluktuation zweifellos eine ergiebige Quelle der Information über die Verhältnisse in anderen Betrieben: Die Glasarbeiter in Jihlava wußten, daß ihre Berufskollegen in Poděbrady (Poděbrad) zu einem wesentlich günstigeren Tarif arbeiteten.<sup>127</sup> Arbeitern in einer Pilsener Schmiede war bekannt, daß vergleichbare Löhne in den Eisenwerken in Vítkovice höher lagen; sie waren auch über die Qualifikationsbestimmungen informiert, die in dem mährischen Werk für einzelne Arbeitsvorgänge an Schmiedemaschinen galten.<sup>128</sup> Ziegeleiarbeiter in Rosice (Rositz) waren sich darüber im klaren, daß ihnen niedrigere Stundenlöhne gezahlt wurden als in der gleichen Tarifklasse in Ziegeleien anderer Regionen.<sup>129</sup>

Diese Disparitäten<sup>130</sup> waren ein ständiger Unruheherd in den Betrieben und der Anlaß zu schier endlosen Beschwerden an die Gewerkschaftsorgane. Ein Beispiel ist

<sup>124</sup> Die in der Literatur häufig angeführten außerordentlich hohen Fluktuationswerte kommen dadurch zustande, daß unter „Fluktuation“ nahezu alle personellen Veränderungen im Betrieb zusammengefaßt werden: Mutterschaftsurlaub, organisierte Anwerbung von Arbeitskräften durch den Betrieb und/oder die Nationalausschüsse, Militärdienst, Pensionierungen, natürliche Verluste etc. Dennoch konnte auch die Fluktuation ohne die genannten Faktoren extreme Ausmaße erreichen. So lag sie beispielsweise in der Industrie des Kreises Pilsen 1952 bei 30 Prozent. Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 14, 4327. Protokoll der außerordentlichen Plenarsitzung des Betriebsrates vom 29. 6. 1953 (Anlage).

<sup>125</sup> Kalinová, Lenka: Změny struktury československé dělnické třídy na počátku socialistické výstavby [Veränderungen der Struktur der tschechoslowakischen Arbeiterklasse zu Beginn des sozialistischen Aufbaus]. *Príspevky k dějinám KSČ* 6 (1966), H. 5, 709–735, hier 727, Anm. 41.

<sup>126</sup> In den Vereinigten Stahlwerken Kladno machte die Fluktuation im Januar 1961 nicht einmal zwei Prozent aus, im Pilsener Stammwerk Škodas lag sie 1965–1967 bei etwas mehr als sieben Prozent. SOA, Prag. Betriebsarchiv Poldi/Vereinigte Stahlwerke Kladno, Karton 15, 1946–1963. Bericht über Bewegung und Stabilisierung der Kader in den Vereinigten Stahlwerken Kladno; Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 1422, A 1013. Entwicklung der Fluktuation in den Škoda-Werken in den Jahren 1965–1967.

<sup>127</sup> Kreisgewerkschaftsrat Jihlava an die Abteilung für Arbeit und Löhne beim Zentralrat der Gewerkschaften vom 30. 1. 1951. Politische Bewertung der Normenüberprüfung im Kreis Jihlava. Quelle wie Anm. 122 (Fasz. Normenüberprüfung).

<sup>128</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 16, PV 164. Sitzung des gewerkschaftlichen Betriebsausschusses in der Schmiede am 27. 11. 1957.

<sup>129</sup> VOA, Prag. ÚVOS-Stavba, Karton 281, 1967. Ziegeleiarbeiter in Rosice an Zentralrat der Gewerkschaften (nicht datiert).

<sup>130</sup> Die wuchernde Vielfalt der Lohnverhältnisse, auf deren Hintergründe hier nicht eingegangen werden kann, wurde in großem Maßstab erstmals bei den Normenüberprüfungen bzw. -erhöhungen der Jahre 1950, 1951 und 1952 deutlich.

der Brief eines slowakischen Textilarbeiters, der in einer Textilfabrik in Topoľčany Manchesterhosen bügelte: Im Januar 1963 wandte er sich an den Zentralrat der Gewerkschaften und wies stichhaltig nach, daß er ungerecht behandelt wurde, da für ihn die gleiche Zeitnorm galt wie für das Hosenbügeln in einem Textilbetrieb in Trenčín, der jedoch über technisch höherwertige Bügeleisen verfügte, die ein schnelleres und qualitativ besseres Bügeln ermöglichten.<sup>131</sup>

Was sich in dieser und Tausenden von anderen Beschwerden ausdrückt, ist das für die Arbeiterschaft weithin charakteristische normative Deutungsmuster einer sozialmoralischen Ordnung, die auf einem kollektiven Gleichheitsanspruch beruhte.<sup>132</sup> Dieser Anspruch stiftete nicht nur eine Solidarität, die – wie an den Volksgerichten gezeigt – als „Außenmoral“ in Erscheinung trat und in dieser Form vielleicht einen stärkeren Integrationseffekt besaß als Solidarstrukturen anderer Art.<sup>133</sup> Er wurde auch immer zusammengedacht mit der Forderung nach gleichberechtigter Behandlung gruppenspezifischer, durch die einzelnen Gewerkschaften zumindest formal repräsentierter Interessen, deren Berücksichtigung erst die Voraussetzung für die Ordnung der Gleichheit schuf: Die Dauerkritik der Arbeiter an der Einheitsgewerkschaft zielte ja nicht nur darauf, daß diese nicht primär für die Belange der Arbeiterschaft eintrat, sondern noch weit weniger in der Lage war, den von einem Industriezweig zum anderen variierenden Interessen und Bedürfnissen der Arbeiter Rechnung zu tragen.<sup>134</sup> Erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zeigte der Druck, der in dieser Hinsicht auf die Einheitsgewerkschaft ausgeübt wurde, sichtbare Wirkung, als sich im Zuge des politischen und gesellschaftlichen Wandels, den die Reformbewegung an ihre Fahne geheftet hatte, massive Tendenzen zur Autonomie der Einzelgewerkschaften durchzusetzen begannen (s. u.).

<sup>131</sup> VOA, Prag, Spotřební průmysl, Karton 91, 1963. Fasz. Beschwerden. Protokoll der Verhandlung der Beschwerde des Genossen Emil Kálnay in den Textilbetrieben Topoľčany vom 11.2.1963.

<sup>132</sup> Dieser ist teils sicher durch die stark nivellierende Lohn- und allgemeine Sozialpolitik seit 1948 induziert worden, seine Wurzeln reichen aber weiter zurück und lassen sich nicht von traditionellen, sozial eher unspezifischen Solidarvorstellungen trennen, die sich mit dem Begriff des „Volkes“ (lid) verknüpften. So verstanden sich die Betriebsräte, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg in der Tschechoslowakei entstanden und auf deren Gründung die KP(Tsch nur wenig Einfluß nehmen konnte, in vielen Fällen nicht als Vertretung der Arbeiterschaft, sondern als Organe des „Volkes“. Vgl. dazu das Protestschreiben eines Betriebsrates in Rotava (Rothau) an den Zentralrat der Gewerkschaften vom 10.10.1946. VOA, Prag, NHK, Karton 33, Nr. 101.

<sup>133</sup> Es kam sehr selten vor, daß bei einem Streik die gesamte Belegschaft die Arbeit niederlegte. Vgl. Heumos: *Dělnické stávky* 21. Sieht man von der Streikwelle im Juni 1953 ab, so gibt es mit der (zweistündigen) Arbeitsniederlegung von 2000 Beschäftigten einer Textilfabrik in Litvínov (Oberleutensdorf) im Juli 1949 nur ein Beispiel für einen von der Beteiligung her bedeutenden Streik, bei dem die Belegschaft geschlossen in den Ausstand trat. SUA, Prag, Fonds ÚV KSČ 100/24, Bd. 59, Nr. 927. Bericht über den Streik im Betrieb Cotona, Litvínov.

<sup>134</sup> In diesen Zusammenhang gehören auch die Klagen der Arbeiter in den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten, die dem Zentralrat der Gewerkschaften vorwarfen, kaum etwas zu tun, um das kulturelle und soziale Gefälle zwischen dem Landesinnern und den Grenzgebieten zu beseitigen. VOA, Prag, KOR, Karton 75/1956, Nr. 138/3. Protokoll der Plenarsitzung des Kreisgewerkschaftsrates České Budějovice vom 18.5.1956.

9. Welche Rolle spielte das soziale Milieu der Industriearbeiterschaft in diesem Wandlungsprozeß, der sich langfristig, in kleinen, oft halbherzigen Schritten anbahnte? Hierzu einige vorläufige Bemerkungen.

Zunächst ist es nicht unbegründet, danach zu fragen, ob die Industriearbeiterschaft selbst Wandel initiiert hat. Bereits in den frühen fünfziger Jahren war im Bewußtsein der Arbeiter eine Situation eingetreten, die nach Veränderung verlangte. Einem Instrukteur des Zentralrates, der im Oktober 1951 in Strakonice in einem Zweigwerk der Zbrojovka mit den Arbeitern diskutierte, wurde nicht nur die lange Liste der aktuellen Versorgungsmängel bei Konsumgütern entgegengehalten, sondern auch erhebliche Zweifel an der richtigen Politik der Partei: Es werde zwar ständig proklamiert, daß die Steigerung der Produktivität zu Preissenkungen führe, doch sei das genaue Gegenteil der Fall.<sup>135</sup> Planwirtschaft war als das Mittel, das die ökonomische Aufholjagd gegenüber den kapitalistischen Staaten zum Erfolg führen sollte, in den fünfziger Jahren natürlich unantastbar, aber aufgrund der täglichen Erfahrung chaotischer betrieblicher Verhältnisse, die sie verursachte, hielt eine „ganze Reihe von Arbeitern“ in den Škoda-Werken bereits 1950 Planung für eine „überflüssige Sache“.<sup>136</sup> Solche „anomischen“ Situationen, in denen sich die Arbeiter ihrer eigenen, „abweichenden“ Position bewußt wurden, trugen dazu bei, daß Wandel gerade an ihrem Konfliktverhalten einsetzte. Nachdem Streiks bis zur Mitte der fünfziger Jahre durchweg ergebnislos geendet hatten und das rigorose Eingreifen des Parteiapparates überhaupt keine Voraussetzungen für Kompromißlösungen geboten hatte,<sup>137</sup> setzten Metallarbeiter im Juni 1957 in Jičín erstmals durch, daß die Verhandlungen zur Beilegung eines Arbeitskonflikts im Wege des *bargaining* geführt wurden;<sup>138</sup> dies bildete in der Folgezeit einen inoffiziellen, aber festen Bestandteil der Regelung von Arbeitskämpfen.<sup>139</sup>

Die Einführung von Elementen des Wandels durch die Arbeiter selbst fiel jedoch kaum ins Gewicht neben den schon dargestellten „Veränderungsstrategien“: Über Jahre hinweg haben die Arbeiter bestimmten ideologisch-politischen und organisatorischen Arrangements in den Betrieben die motivationalen Basis entzogen, diese Instrumente fast völlig stumpf werden lassen und auf diese Weise Partei und Gewerkschaften zu modifizierenden Maßnahmen, Kurskorrekturen und schließlich grundsätzlichem Wandel gezwungen. Man kann diese Entwicklung besonders gut am Komplex des organisierten „Produktivismus“ beschreiben, aus dessen breitem

<sup>135</sup> VOA, Prag. ÚRO-Org., Karton 105, Nr. 382. Bericht des Instrukteurs des Zentralrates der Gewerkschaften J. Málek vom 3.11.1951.

<sup>136</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 1515, PV 1287. Protokoll der Sitzung des Betriebsrates und des ROH gemeinsam mit den Instrukteuren der einzelnen Werkstätten vom 1.2.1950.

<sup>137</sup> Vgl. den Bericht über die Niederschlagung eines Streiks von Metallarbeitern in Varnsdorf (Warnsdorf) im Dezember 1954. SÚA, Prag. Fonds ÚV KSČ 014/12, Bd. 15, Nr. 422.

<sup>138</sup> VOA, Prag. ÚRO-PaM, Karton 8, Berichte der Lohnabteilung. Aufzeichnung des Instrukteurs des Zentralrates der Gewerkschaften J. Pokorný über den Streik in der Gießerei des Nationalunternehmens Agrostroj in Jičín am 17. und 18.6.1957 (für Genossen Hnilička).

<sup>139</sup> VOA, Prag. Strojřrenství, Karton 49, Fasz. 3. Arbeitseinstellung in Slatiřany (Slatinan) am 4.3.1960.

Spektrum<sup>140</sup> hier nur die Stachanov- und die Stoßarbeiterbewegung, die Arbeitsnormenüberprüfungen und der sozialistische Wettbewerb interessieren. Die Ursachen der Erosion dieser sogenannten Arbeitsinitiativen – auf die einzelnen Phasen dieses Prozesses brauchen wir hier nicht einzugehen – lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

a) Die hohe Unstetigkeit des Produktionsprozesses bis in die frühen sechziger Jahre, vor allem bedingt durch häufige Änderungen des Produktionsprogramms und lange Wartezeiten aufgrund stockender Material- und Rohstoffzufuhr,<sup>141</sup> führte zu einem „Horten“ von Arbeit, da Wartezeiten nach einem Tarif bezahlt wurden, der unter dem Durchschnittslohn lag. In dieser Situation gaben die Arbeiter entweder vor, nicht über das notwendige Material zu verfügen, um Sonderleistungen (etwa in der Form des sozialistischen Wettbewerbs) erbringen zu können, oder waren dazu wegen leerer Materiallager tatsächlich nicht in der Lage.<sup>142</sup> Erhöhungen der Arbeitsnormen, die, wie erwähnt, vor allem in den gesamtstaatlich durchgeführten sogenannten Normenüberprüfungen der Jahre 1950–1952 vorgenommen wurden, hatten nicht selten Lohnkürzungen zur Folge,<sup>143</sup> da sie unter der (nicht unbegründeten) Annahme durchgesetzt wurden, daß auf der Grundlage aller späteren Regelungen der Arbeitsnormen, dem Erlaß des Ministeriums für Arbeit und Soziales vom August 1947, in einer Zeit stark rückläufiger Arbeitsproduktivität zu niedrige Normen angesetzt worden waren.<sup>144</sup> Der Protest gegen Normenerhöhungen hatte einen zweiten wichtigen Aspekt: Noch 1961 betrug der Anteil der Handarbeit in der tschechoslowakischen Industrie insgesamt 47 Prozent, im Bergbau lag er bei 55, im Maschinenbau bei 65 Prozent.<sup>145</sup> Die Anhebung von Arbeitsnormen war daher sehr oft mit der Zunahme zum Teil schwerer körperlicher Arbeit verbunden.<sup>146</sup>

b) Exorbitante Arbeitsleistungen und Qualität der Arbeit gingen nach Auffassung der Industriearbeiter nicht zusammen. Das richtete sich gegen die Stoßarbeiter (s.o.) wie gegen die Stachanovcen. Als der Zentralrat der Gewerkschaften im Sommer 1947 in einem großen metallverarbeitenden Betrieb unter den 1200 Beschäftigten mit

<sup>140</sup> Im einzelnen dazu Prova z ní k, Josef/Vlasák, František: Socialistické soutěžení v ČSR [Der sozialistische Wettbewerb in der ČSR]. Praha 1960.

<sup>141</sup> Vgl. Anm. 46.

<sup>142</sup> VOA, Prag. ÚRO-Org., Karton 154, Nr. 515 c. Bericht über die Situation in der Staatlichen Produktionsstätte für Autoteile in Čadca in der Slowakei (vom 3.10.1955). In diesem Werk stockte die Materialzufuhr in einem solchen Maße, daß Vertreter des Unternehmens in der Region von Betrieb zu Betrieb reisten, um für das Werk Arbeit zu beschaffen.

<sup>143</sup> Vgl. dazu den Bericht über die Normenüberprüfung im Kreis Ostrava (Mährisch-Ostrau) im Oktober 1950. Quelle wie Anm. 123 (Fasz. Normenüberprüfung).

<sup>144</sup> Kalinová, Lenka/Brabec, Václav: K některým stránkám vývoje struktury a postavení čs. dělnické třídy v letech 1945–1948 [Zu einigen Aspekten der Entwicklung der Struktur und der Lage der tschechoslowakischen Arbeiterklasse in den Jahren 1945–1948]. In: Odbory a naše revoluce [Die Gewerkschaften und unsere Revolution]. Praha 1968, 48–93, hier 87.

<sup>145</sup> Kalinová: Vývoj struktury a postavení 1044.

<sup>146</sup> Vgl. dazu den Bericht über die Arbeitsniederlegung in einer Ziegelei im Kreis Nitra (Neutra) am 10.4.1956. SÚA, Prag. Fonds ÚV KSČ 014/12, Bd. 23, Nr. 811.

einer Fragebogenaktion vorfühlte, wie die Arbeiter über die Stachanov-Bewegung dachten, wobei sich 70 Prozent gegen diese aussprachen, machten viele Arbeiter u. a. geltend, daß die Stachanov-Methode die Qualität der Produkte beeinträchtigt.<sup>147</sup>

c) Konzepte der Leistungsmobilisierung à la Stachanov und Stoßarbeit wurden von den Arbeitern in der erwähnten Fragebogenaktion mit individuellem Erfolgstreben identifiziert, das die eigene „Popularität“ und die „Reklame“ für sich selbst auf Kosten derjenigen in den Vordergrund stellte, von deren Mitwirkung die außerordentlichen Arbeitsleistungen abhingen.<sup>148</sup> Das vertrug sich schlecht mit dem kollektiven Gleichheitsanspruch der Arbeiter. Sowjetische Stachanovcen, die im Mai 1951 die Tschechoslowakei besuchten, registrierten in den Betrieben, in denen mit Orden überhäufte Stoßarbeiter beschäftigt waren, schweigende Mißachtung gegenüber diesen.<sup>149</sup> Die materielle Privilegierung der Stachanovcen und Stoßarbeiter durch spezielle Einkaufsmöglichkeiten, Sonderzuteilungen von Lebensmitteln und andere Vergünstigungen<sup>150</sup> führte am Ende in einigen Betrieben zu ihrer offenen Diskriminierung und mobilisierte die Betriebsräte, die sich – wie etwa im Sommer 1950 im Kreis Karlovy Vary – mit Boykottmaßnahmen gegen Stoßarbeiter auf die Seite der Arbeiter schlugen.<sup>151</sup> Die Auseinandersetzung wurde jedoch auch in anderer Weise geführt, nämlich durch die Zweckentfremdung der sozialistischen Arbeitsinitiativen, die einen anschaulichen Begriff davon vermittelt, was der kollektive Gleichheitsanspruch der Arbeiter meinte. So organisierten die Arbeiter im Škoda-Zweigwerk in Smíchov (Smichov) bis 1953 den Wettbewerb um den besten Arbeiter des Betriebes nach dem Prinzip der „Verteilungsgerechtigkeit“, indem sie festlegten, daß jeder Arbeiter turnusgemäß zum „besten Arbeiter“ gekürt wurde und damit in den Genuß der Prämie kam.<sup>152</sup>

d) Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Arbeiter starke Einwände gegen die Vermischung von Produktion und Politik erhoben; sie nahmen die noch vor der

<sup>147</sup> Eine detaillierte Auswertung der Befragung in: ÚRO, 3.7.1947.

<sup>148</sup> E b e n d a.

<sup>149</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 9, Nr. 126/2/8. Reden der sowjetischen Stachanovcen auf der außerordentlichen Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 7.5.1951.

<sup>150</sup> In Pilsen wurden im März 1950 insgesamt acht Verkaufsstellen für Stoßarbeiter eingerichtet, deren Warenangebot ein breites Sortiment von Textilien und Schuhen, ferner Haushaltsgegenstände, Lebensmittel (darunter Schokolade, Südfrüchte), Möbel, Teppiche, Motor- und Fahrräder umfaßte. Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 1, PR 375. Zu den Sonderzuteilungen von Lebensmitteln für Stoßarbeiter und der Kritik der Arbeiter daran: E b e n d a. ROH 13, 669. Aktiv des Betriebsrates (1950). Zu anderen Vergünstigungen für Stoßarbeiter gehörte der vorrangige Anspruch auf Erholungsurlaub. E b e n d a.

<sup>151</sup> VOA, Prag. KOR, Karton 13/1950. Bericht über die Situation im Kreisgewerkschaftsrat Karlovy Vary; nicht datierte Beilage: Welche Fürsorge wird den Stoßarbeitern und der Stoßarbeiterbewegung im Kreis [Karlovy Vary] gewidmet?

<sup>152</sup> VOA, Prag. URO-VMP, Karton 2. Berichte aus den Brigaden. Berichte über sozialistischen Wettbewerb 1953 (Závod Škoda Praha-Smíchov). In einem Betrieb in Tvrzice erklärten die Arbeiter, daß sie „alle die besten Arbeiter sind und sich bei der Belohnung [für den im sozialistischen Wettbewerb ermittelten besten Arbeiter – P.H.] abwechseln werden.“ E b e n d a. Verband der Beschäftigten in der Energieerzeugung, Elektrizitätswerk Ervénice (Seestadt).

kommunistischen Machtübernahme einsetzende „produktivistische“ Übermobilisierung früh als das wahr, was sie in der Tat immer auch war: ein Instrument der politischen Formierung der Arbeiterschaft.<sup>153</sup> Am 26. und 27. März 1946 wurde in mehreren Werkshallen Škodas dagegen gestreikt, daß die in der KPTsch organisierten Arbeiter in einer Selbstverpflichtungskampagne Mehrarbeit zu leisten begannen, die dem VIII. Parteitag der KPTsch gewidmet werden sollte.<sup>154</sup> In den fünfziger Jahren überboten sich höhere Gewerkschaftsfunktionäre geradezu an Klagen darüber, daß es nicht gelinge, den Arbeitern die Politik so nahezubringen, daß diese als Motor der Produktionssteigerung eingesetzt werden konnte.<sup>155</sup> Im ersten Halbjahr 1968 gab es in den Betrieben eine breite Akzeptanz für die Forderung, daß die Partei künftig auf die verschiedenen Formen unmittelbarer Einflußnahme auf die Produktion verzichten sollte.<sup>156</sup>

Die allmähliche Aushöhlung der sozialistischen Arbeitsinitiativen, die den Produktionsprozeß Schritt für Schritt seines ideologisch-politischen Beiwerks entkleidete, war allerdings kein grundsätzlicher Einwand gegen sozialistische Strukturen im industriellen Sektor. Dem gewichtigsten Systemimperativ im industriellen Bereich, der Planerfüllung, entzogen sich die Industriearbeiter nicht, und diese Leistungsmotivation kann in einer – hier, wie schon gesagt, nicht zu leistenden – gründlichen Untersuchung der Arbeitsmoralproblematik nicht unberücksichtigt bleiben. Im Frühjahr 1956 drohten Arbeiter in der mährischen Textil- und Lebensmittelindustrie mit Streik, sollten die täglichen Wartezeiten von zwei und mehr Stunden nicht beseitigt werden.<sup>157</sup> Das Motiv lag zwar in diesem Fall zunächst im Verdienstaustausfall,<sup>158</sup> das Engagement der Arbeiter bei der Planerfüllung ist aber – bei allem Murren über die damit verbundenen Schwierigkeiten – nicht zu übersehen: Es lag ihnen daran, daß die Daten der Planerfüllung ihre tatsächliche Arbeitsleistung wiedergaben, und die gleichen Arbeiter warfen deshalb den Gewerkschaften vor, es schweigend hinzunehmen, daß die Kennziffern der Planerfüllung auf der Grundlage einer achtstündigen Arbeitszeit ausgewiesen wurden, während diese in Wirklichkeit bei 10–12 Stunden gelegen hatte.<sup>159</sup> Eine Untersuchung zur Arbeitsorganisation an den schweren Werkzeugmaschinen (Karusselldrehbänke, Fräsmaschinen) in den Pilsener Škoda-Werken im Sommer 1963 ergab, daß die Facharbeiter – sehr zum Unwillen der

<sup>153</sup> Vgl. dazu – als ein beliebiges Beispiel – den Aufruf zur ersten gesamtstaatlichen Stoßarbeiterschicht am 20.12.1949 anlässlich des 70. Geburtstages Stalins. VOA, Prag. NHK, Karton 117, Nr. 308 a. Stoßarbeiterbewegung.

<sup>154</sup> SÚA, Prag. Fonds MPSP, AII, AIII/dův. 1946–1950. Abschrift eines Berichts über den Streik in den Škoda-Werken (nicht datiert).

<sup>155</sup> VOA, Prag. KOR, Karton 13/1950. Bericht über die Situation im Kreisgewerkschaftsrat Karlovy Vary; nicht datierte Beilage zur Arbeit der Bezirksgewerkschaftsräte und zur Zusammenarbeit mit den Bezirksausschüssen der KPTsch.

<sup>156</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 95, Nr. 471. Bericht über die aktuelle soziale und politische Situation in den Betrieben (für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 3.6.1968).

<sup>157</sup> VOA, Prag. ÚRO-Org., Karton 154, Nr. 515 c. Delegationsbericht über den Kreis Olomouc 10.–12.5.1956.

<sup>158</sup> E b e n d a.

<sup>159</sup> VOA, Prag. ÚRO-Org., Karton 156, Nr. 520/1 (1956). Delegationsbericht aus dem Kreis Olomouc (nicht datiert).

Betriebsleitung – unter Umgehung einer ganzen Reihe tariflicher Bestimmungen die Hilfsarbeiter von ihren eigentlichen Aufgaben abgezogen und so für ihre Zwecke (Beseitigung von Spänen, Auswechseln stumpf gewordenen Geräts, Besorgen des Frühstücksbrottes etc.) einsetzten, daß die zur Planerfüllung erforderliche Norm erreicht wurde.<sup>160</sup>

Das Pilsener Beispiel ist unter mehreren Gesichtspunkten aufschlußreich, wir greifen nur einen heraus: Die Verfügungsmöglichkeit der qualifizierten Arbeiter über die an- und ungelernten Arbeiter ist ein Hinweis auf die Konservierung traditioneller betrieblicher Herrschaftsverhältnisse in der Arbeiterschaft, an denen die bereits vor 1948 massiv einsetzende lohnpolitische Präferenzierung der Hilfsarbeiter und die nach 1948 bis weit in die sechziger Jahre hinein zu ihren Gunsten nivellierende Lohnpolitik offenbar wenig geändert haben.<sup>161</sup> Dieses traditionelle Element, die an anderen Sachverhalten dargestellten Tendenzen zur Bewahrung überkommener Lebensverhältnisse und auch die Ansätze zu sozialem Wandel, die – wie am Detail des *bargaining* gezeigt – auf die Wiederherstellung eines früheren Zustandes zielten, berechtigen dazu, das soziale Milieu der Industriearbeiter mit dem vielzitierten „Strukturkonservativismus“ sozialistischer Systeme zu verbinden.<sup>162</sup> Das wird noch um vieles deutlicher, als die Industriearbeiter 1968 offen eine grundlegende Reform der Einheitsgewerkschaft forderten.

10. In einem ersten Schritt, zwischen Januar und April 1968, wurde der Einheitsgewerkschaft eine „Entschlackungskur“ verschrieben: Die gewerkschaftlichen Betriebsorganisationen, teils auch die Bezirksgewerkschaftsräte, verlangten, die Gewerkschaften müßten sich derjenigen Aufgaben entledigen, „die nicht in eine

<sup>160</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ZVIL 444, PŘ 188. Untersuchung der Beschäftigung der Arbeiter an schweren Werkzeugmaschinen. Der Vorgang dürfte weitverbreitet gewesen sein, da sich in den regelmäßig wiederkehrenden Phasen der „Planschlußpanik“ (*šturmovština*), d.h. den Zeitabschnitten, in denen unter dem Druck der durch den Plan gesetzten Termine eine allgemeine Aufholjagd in der Produktion begann, die übliche Arbeitsorganisation auflöste.

<sup>161</sup> Gegenüber dem Jahr 1939 stiegen die Löhne der qualifizierten Arbeiter 1946–1948 um 241 Prozent, die der an- und ungelernten Arbeiter um 326 Prozent. Vgl. Kalinová: *Změny struktury 734*. – In der Metallindustrie war es in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre offenbar nichts Außergewöhnliches, daß die Löhne der Hilfsarbeiter über denen der qualifizierten Arbeiter lagen. Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 16, PV 164. Aktiv von KPTSch und ROH-Funktionären der Schmiede am 3.7.1957. – Zu den Problemen der Denivellierung der Löhne in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre siehe den Bericht über Versuche zur Einführung eines konsequent differenzierenden Lohnsystems in der Konsumgüterindustrie vom 23.5.1967, der dem Vorstand des Zentralrates der Gewerkschaften vorgelegt wurde. VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 88, Nr. 451.

<sup>162</sup> Die nicht „durchherrschten“, in ihrer traditionellen Struktur erhalten gebliebenen gesellschaftlichen Verhältnisse, auf die wir in diesem Beitrag u.a. abgehoben haben, sind nur ein Aspekt dieses Problems. Ein anderer ist z.B. die lange ambivalente Beziehung der Arbeiter zur technischen Modernisierung der Industrie; diese weckte die Befürchtung vor Lohn-einbußen bei der Einführung von technisch begründeten Normen. „Die Arbeiter stellen sich gegen die neue Technik, weil sie in ihr einen Angriff auf ihre Löhne sehen,“ hieß es im November 1955 auf einer Beratung hoher Gewerkschaftsfunktionäre in Prag. VOA, Prag. Celostátní akce, Karton 5, Nr. 32. In den fünfziger Jahren gab es denn auch Streiks gegen die Einführung neuer Maschinen. Vgl. Heumos: *Dělnické stávký 20*.

gewerkschaftliche Organisation, sondern in den Wirkungsbereich staatlicher, wirtschaftlicher und anderer Organe gehören“.<sup>163</sup> Die Krankenversicherung, der sozialistische Wettbewerb (sofern überhaupt noch ein Thema<sup>164</sup>), die Verbesserungsbewegung, die sogenannten Patronate über die landwirtschaftlichen Einheitsgenossenschaften und die Tschechoslowakische wissenschaftlich-technische Gesellschaft sollten aus der Zuständigkeit der Gewerkschaften herausgenommen werden<sup>165</sup>. Vor allem aber sollte der gesamte gewerkschaftliche Sanktions- und Kontrollapparat auf betrieblicher Ebene restlos aufgelöst werden: die Volksgerichte, die Kommissionen für Volkskontrolle, die sogenannten gesellschaftlichen Ankläger.<sup>166</sup>

Im späten Frühjahr 1968 geriet, in einer zweiten Phase, das Prinzip der 1945 eingeführten Industriegewerkschaften<sup>167</sup> ins Wanken. Die Basisorganisationen der Gewerkschaft für die Konsumgüterindustrie plädierten für deren Aufteilung in vier selbständige Gewerkschaften (Textil, Glas und Keramik, Holz, polygraphische Industrie). Der Bergbau schied aus der Gewerkschaft für Bergbau und Energiewesen aus. In der Metallindustrie forderten u.a. die Gießer, Modellierer, Schweißer, Schmiede und Monteure die Gründung eigener Gewerkschaften bzw. mindestens die Bildung spezieller „Interessengruppen“ im Rahmen einer einheitlichen Metallarbeitergewerkschaft.<sup>168</sup> Der Zentralrat der Gewerkschaften konstatierte den Trend zu Berufsgewerkschaften,<sup>169</sup> ein allgemeines Votum für die Rückkehr der Gewerkschaften zu ihrer klassischen Rolle als Interessenvertretung der Arbeiterschaft,<sup>170</sup> und das hieß, daß sie – wie es der Zentralrat vorsichtig formulierte – „in einigen Fällen“ Aufgaben wie „vor dem Krieg“ wahrnehmen würden.<sup>171</sup> Obwohl mit diesem *roll-back* – wie in den Resolutionen aus den Betrieben versichert wurde – das Prinzip der Einheit der Gewerkschaftsbewegung nicht aufgegeben werden sollte und in der Tat nur die „Lokomotivrotten“, d.h. die Lokomotivführer und das Personal in den Eisenbahndepots, die Zusammenarbeit mit dem Zentralrat aufkündigten und eine eigene Gewerkschaft gründeten,<sup>172</sup> zielte die Entwicklung auf eine

<sup>163</sup> VOA, Prag. ÚRO-Sekr., Karton 357, Nr. 1390 VII. Anregungen und Themen aus den Resolutionen und Briefen von Organisationen, Organen und Mitgliedern des ROH (bearbeitet bis zum 3.4.1968).

<sup>164</sup> Von 1774 Resolutionen und Briefen gewerkschaftlicher Betriebsorganisationen, die zwischen Mitte März und dem 22.4.1968 an den Zentralrat der Gewerkschaften adressiert wurden, befaßten sich 31 mit der Frage des sozialistischen Wettbewerbs. Quelle wie Anm. 156.

<sup>165</sup> Vgl. dazu die in Anm. 163 zit. Zusammenstellung von Resolutionen und Briefen.

<sup>166</sup> E b e n d a.

<sup>167</sup> Übernommen wurde das Prinzip von der Protektoratsgewerkschaft, der Nationalen Gewerkschaftszentrale der Arbeitnehmer.

<sup>168</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 95, Nr. 471/5. Bericht über den Stand der Verhandlungen und die Vorbereitungen zur Teilung der Gewerkschaftsverbände (für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 3.6.1968).

<sup>169</sup> Vgl. dazu den in Anm. 156 zit. Bericht.

<sup>170</sup> Vgl. dazu die in Anm. 163 zit. Zusammenstellung von Resolutionen und Briefen.

<sup>171</sup> E b e n d a.

<sup>172</sup> Am 29.4.1968 wurde auf einer Delegiertenkonferenz der Lokomotivrotten in Prag der Zentralausschuß der Föderation der Lokomotivrotten gewählt. VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 95, Nr.471/10. Bericht über die gegenwärtige Situation in der Föderation der

beträchtliche Schwächung der Machtposition des Zentralrates. Dies zunächst dadurch, daß die Kreis- und Bezirksgewerkschaftsräte abgeschafft werden sollten,<sup>173</sup> d.h. die unteren sogenannten allgewerkschaftlichen Organe, die als Zwischeninstanzen und als Träger und Exekutoren des Programms der Einheitsgewerkschaft deren Spitze mit der Basis zu verklammern hatten. Besonders nachdrücklich wurde, zweitens, eine drastische Reduzierung des bürokratischen Apparats des Zentralrates verlangt,<sup>174</sup> bis hin zu einem Ausmaß, das die Tätigkeit des Zentralrates auf koordinierende Aufgaben gegenüber den Gewerkschaftsverbänden eingeschränkt hätte,<sup>175</sup> die den zweiten Strang in der Organisationsstruktur der Einheitsgewerkschaft bildeten, seit der Mitte der fünfziger Jahre im Schatten der allgewerkschaftlichen Organe eine kümmerliche Existenz gefristet hatten und nun die Grundlage der gesamten Reform des Gewerkschaftswesens darstellen und den Autonomieanspruch der Einzelgewerkschaften einlösen sollten.<sup>176</sup>

Kernpunkt der gewerkschaftlichen Reformdiskussion und der allerersten praktischen Reformschritte war aber die massive Stärkung der Kompetenzen der gewerkschaftlichen Betriebsausschüsse und ihrer Position im Gesamtgefüge der antizipierten neuen Gewerkschaftsbewegung: durch die Umverteilung der Haushaltsmittel der Gewerkschaften zugunsten ihrer Betriebsorganisationen, durch das (satzungsgemäße) Veto gegen die Intervention des Zentralrates (und anderer höherer Gewerkschaftsorgane) in die Betriebsausschüsse, durch die – im Kollektivvertrag festgelegte – Bindung des Streikrechts an den Einzelbetrieb, durch die über ihre Amtszeit hinausreichende Immunität der Mitglieder gewerkschaftlicher Betriebsausschüsse etc.<sup>177</sup> Ihren gewichtigsten Machtanspruch erhoben diese mit der Forderung, daß die „überwiegende Mehrheit“ der Delegierten auf dem nächsten gesamtstaatlichen Gewerkschaftskongreß aus den Betrieben kommen und die Gewerkschaftsführung durch den Kongreß direkt gewählt werden sollte.<sup>178</sup> Dieses Konzept „direkter Demokratie“ hatte seine interessenpolitische Entsprechung. Die Reorganisation der Gewerkschaften, so meinten die Mitgliederversammlungen der Betriebsausschüsse im April 1968, müsse die „überflüssigen Zwischenglieder“ [d.h. die Kreis- und Bezirksgewerkschaftsräte – P.H.] beseitigen und den „Zustand einer direkten Beziehung zwischen den zentralen Leitungsorganen und den Basisorganisationen“ herstellen.<sup>179</sup>

Das *roll-back* in Richtung der hohen berufsständischen Differenzierung des Gewerkschaftswesens der Ersten Tschechoslowakischen Republik mit seinem star-

---

Lokomotivrotten (für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 3. 6. 1968).

<sup>173</sup> Vgl. dazu die in Anm. 163 zit. Zusammenstellung von Resolutionen und Briefen.

<sup>174</sup> E b e n d a.

<sup>175</sup> In einigen Resolutionen wurde gefordert, die Zahl der Sekretäre des Zentralrates, die bei 18–20 lag, auf drei zu begrenzen. E b e n d a.

<sup>176</sup> E b e n d a.

<sup>177</sup> E b e n d a.

<sup>178</sup> E b e n d a.

<sup>179</sup> VOA, Prag. ÚRO-Před., Karton 94, Nr. 468/2. Bericht für die Mitglieder des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften über die Situation in einigen Gewerkschaftsorganen und in den Betrieben im gegenwärtigen Zeitraum vom 20. 4. 1968.

ken betriebsgewerkschaftlichen Einschlag<sup>180</sup> ist in der gewerkschaftlichen Reformdiskussion unübersehbar.<sup>181</sup> Die Forderung nach einer radikalen Vereinfachung des Vollzugs der Interessen der Arbeiterschaft lag quer zu den Konzeptionen verbandsförmig organisierter Interessen, die sich in der Reformbewegung der späten sechziger Jahre herausbildeten. Die sich abzeichnende Umwandlung der Nationalen Front, dem Verbund der gesellschaftlichen Organisationen, in ein pluralistisches Verbandssystem<sup>182</sup> verlangte – als funktionale Mindestanforderung – die Kompromißfähigkeit und Anpassungselastizität der Interessen sozialer Gruppen. Dagegen setzte die geforderte direkte Vermittlung der Interessen der Arbeiter in die Macht- und Entscheidungsarenen unter Ausschaltung aller Zwischeninstanzen, die die Konfliktmaterie hätten modifizieren und differenzieren können, unausdrücklich voraus, daß die Interessen der Arbeiterschaft ein nicht teilbarer Konfliktgegenstand waren, ein inhaltlich umfassender „Zentralkonflikt“ und eine ebenso wertgeladene wie dominante „Grundsatzfrage“.<sup>183</sup> Es entspricht dieser ideologischen Dramatisierung, daß die Gewerkschaftsbasis nur ein sehr geringes Interesse an der Neubestimmung der Rolle der Gewerkschaften im Rahmen der Nationalen Front zeigte.<sup>184</sup> Das Aktionsprogramm der KPTsch vom 5. April 1968 ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß die Zeiten der interessenpolitischen Privilegierung der Arbeiterschaft vorbei waren: Das dort entwickelte Verteilungsmuster hatte den Charakter einer präferenzlosen distributiven Pazifizierung aller sozialen Gruppen.<sup>185</sup>

<sup>180</sup> Vgl. Heumos: Die Arbeiterschaft in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, passim.  
<sup>181</sup> Diejenigen, die die Gewerkschaftsreform am weitesten vorantrieben, nämlich die „Lokomotivrotten“, beriefen sich in allgemeiner Form auch auf ihre Kenntnis der französischen, niederländischen und belgischen gewerkschaftlichen Verhältnisse. VOA, Prag, ÚRO-Před., Karton 95, Nr. 471/10. Bericht über die gegenwärtige Situation in der Föderation der Lokomotivrotten (für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 3.6.1968). In konkreten Analysen ihrer Situation war der Bezugspunkt jedoch die „kapitalistische Gesellschaft“ der Vorkriegsrepublik, die – wie es gelegentlich hieß – den Eisenbahnern „mehr“ gegeben habe als die sozialistische Gesellschaft. E b e n d a. Bericht über den Verlauf der Konferenz der Lokomotivrotten am 29. und 30.4.1968 in Prag.

<sup>182</sup> Vgl. dazu die einschlägigen Dokumente in: Panzer überrollen den Parteitag. Protokoll und Dokumente des 14. Parteitages der KPTsch am 22. August 1968. Herausgegeben und eingeleitet von Jiří P e l i k á n. Wien-Frankfurt-Zürich 1969.

<sup>183</sup> Diese Emphasisierung war nicht nur ein Reflex der politisch-ideologischen Inszenierung und materiellen Präferenzierung der Arbeiterschaft seit 1945; sie läßt sich – gerade in der Phase der Hochkonjunktur der Reformbewegung nicht von den – in ihrem Ausmaß schwer zu bestimmenden – Widerständen gegen die Reform unter den Arbeitern trennen, auch unter den qualifizierten Arbeitern. Wie empfindlich auf erste Anzeichen des Kurswechsels reagiert wurde, zeigen Äußerungen von Musikinstrumentenbauern in einem Betrieb in Malšov bei ersten Maßnahmen zur Lohnnivellierung im Herbst 1966: Man gehe jetzt „gegen die Arbeiter“ vor, hieß es. VOA, Prag, ÚRO-Před. Karton 84, Nr. 440/II/1. Bericht über die Mitgliederversammlungen der gewerkschaftlichen Betriebsausschüsse auf der Grundlage des Beschlusses des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften vom 15.6.1966 (III).

<sup>184</sup> Vgl. dazu die in Anm. 163 zit. Zusammenstellung von Resolutionen und Briefen.

<sup>185</sup> Vgl. dazu die Analyse des Aktionsprogramms bei Page, Benjamin B.: The Czechoslovak Reform Movement, 1963–1968. A Study in the Theory of Socialism. Amsterdam 1973, 63–77 (Philosophical Currents 4).

Die beträchtliche Machtposition, auf die die Gewerkschaftsorganisationen in den Betrieben Anspruch erhoben, ist nicht nur ein Spiegelbild des „Sonderinteresses“ der Arbeiter, der sich 1968 entwickelnden „Basisdemokratie“ oder der Idee einer Wiederbelebung der starken betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen der Ersten Republik. Unter der Frage, welche Chancen sich den Arbeitern seit 1948 boten, ihre Interessen, ihre Kritik und ihre Beschwerden wirkungsvoll in den Gewerkschaftsapparat zu vermitteln, erscheint dieser Machtanspruch eher als Überintegration infolge der Strukturarmut der Einheitsgewerkschaft unter dem Gesichtspunkt ihrer Aufnahme- und Verarbeitungsbereitschaft gegenüber Initiativen der Arbeiter. Mit anderen Worten: Der sehr niedrige Anpassungsgrad der Einheitsgewerkschaft an die Bedürfnisse der jeweiligen Arbeitssituation, das weitgehende Fehlen effektiver Verfahren der Bearbeitung und der Vermittlung von Konflikten in die zuständigen Entscheidungsgremien und die allgemein geringe Zugänglichkeit eines schwerfälligen, aus der Sicht der Arbeiter von der Kenntnis der tatsächlichen industriellen Verhältnisse abgeschnittenen Apparats für die zahllosen Vorschläge zur Verbesserung der gewerkschaftlichen Arbeit<sup>186</sup> führten – auch mit Anzeichen der Resignation – zur Überintegration der Arbeiter in das betriebliche soziale Milieu. Dieses bot die Chance der Einflußnahme zumindest insofern, als hier für den Arbeiter Voraussetzungen bestanden, um – wie gezeigt – aus seiner Sicht problematische oder einfach unerwünschte Zielsetzungen des „Systems“ zu unterlaufen und in ihrer Wirkung abzuschwächen bzw. sie zu seinen Gunsten zu manipulieren.<sup>187</sup> Die angedeuteten Strukturdefizite der Einheitsgewerkschaft sind im Übergang zu den sechziger Jahren offenbar etwas abgebaut worden.<sup>188</sup> Daß aber die Arbeiter sowohl in den fünfziger als auch den sechziger Jahren Erfolgsaussichten für ihre Beschwerden und Proteste mit der Vorstellung verknüpften, daß der gesamte Apparat der Einheitsgewerkschaft übersprungen und ihr Anliegen unmittelbar in die zentralen Machtarene hineingetragen werden müsse, zeigt das altertümliche, aus der Ersten Republik ererbte und durch die Defizite der Einheitsgewerkschaft am Leben erhaltene Mittel der Arbeiterdeputation: Die Schmiede in den Škoda-Werken, die im Januar 1953 eine Deputation zu Ministerpräsident Zápotočský entsandten, weil ihnen die Hüttenzulage gestrichen worden war,<sup>189</sup> bedienten sich dieses Mittels ebenso selbstverständlich wie Arbeiter im slowakischen Banská Štiavnica, die im Sommer 1967 eine Deputation wählten, die den zuständigen Minister aufsuchen sollte, um die Gefahr der Schließung ihres Betriebes abzuwenden.<sup>190</sup>

<sup>186</sup> Noch 1966 konnten Arbeiter zu diesem letzten Punkt feststellen, daß „Anmerkungen oder Vorschläge für den ROH keinen Sinn haben“. Vgl. dazu den in Anm. 183 zit. Bericht.

<sup>187</sup> Beispielsweise durch die Zweckentfremdung sozialistischer Wettbewerbe, auf die oben hingewiesen wurde.

<sup>188</sup> Nach einer vorläufigen Einschätzung scheint dies für das Beschwerdeverfahren zuzutreffen.

<sup>189</sup> Škoda-Archiv, Pilsen. ROH 4, PV 34. Protokoll der Sitzung des Vorstandes des Betriebsrates vom 15.1.1953.

<sup>190</sup> VOA, Prag. ÚRO-PR, Karton 88, Nr. 453. Bewertung der Jahresmitgliederversammlungen der gewerkschaftlichen Betriebsausschüsse im Jahr 1967 (für die Sitzung des Vorstandes des Zentralrates der Gewerkschaften am 15.6.1967).

Ein Indiz für „Überintegration“ vermute ich auf der anderen Seite in der Dramatisierung der Außenmoral des sozialen Milieus der Industriearbeiterschaft, wie beispielsweise gegenüber einem Gewerkschaftsfunktionär, den mährische Ziegeleiarbeiter nach fünftägigen ergebnislosen Lohnverhandlungen aus einer Ziegelei in Havřice (Hawřitz) jagten,<sup>191</sup> oder gegenüber einem anderen Gewerkschafter, der sich in einer Fabrik in Čadca (Slowakei) abfällig über die katholische Religion äußerte, dafür Prügel bezog und sich mit knapper Not in das Gebäude des örtlichen Bezirksnationalausschusses retten konnte.<sup>192</sup> Im Bergbau, dem Paradebeispiel für die handgreiflichen Praktiken des Dualsystems von „Ortsmoral und Staatsgesetz“, waren die Arbeitsbrigaden die Leidtragenden des heftigen Widerstandes der Bergleute gegen die staatliche Arbeitskräftelenkung in die Kohlenreviere: Unter Tage wurde die Arbeit der Brigadiere in der massivsten Weise sabotiert.<sup>193</sup> In den sechziger Jahren sind solche Manifestationen der Außenmoral – parallel zur rückläufigen Anwendung brachialer Mittel durch das Regime – in eher unauffällige Verweigerungs- und Distanzierungsstrategien übergegangen; darauf wurde am Beispiel des Umgangs mit den Volksgerichten hingewiesen.

11. Um abschließend die einleitende Fragestellung aufzunehmen: Was kann eine sozialgeschichtlich orientierte Untersuchung am Beispiel der tschechoslowakischen Industriearbeiterschaft zum Verständnis von Macht- und Herrschaftsstrukturen in der kommunistischen Tschechoslowakei beitragen? Vier Punkte sollen hervorgehoben werden:

a) Besonderheiten der Sozialstruktur der tschechoslowakischen Industriearbeiterschaft, vornehmlich ihre Wohnsituation in Verbindung mit dem hohen Anteil von *kovorolníci*, schränkten die Erfassungs- und Kontrollmöglichkeiten der Herrschaftsapparate (Gewerkschaften, Partei) ganz erheblich ein. Die Integration in die betriebliche Sphäre außerhalb der regulären Arbeitszeit, u.a. über die Betriebsklubs, und damit die geforderte Formierung der Arbeiterschaft an der politisch außerordentlich relevanten „Arbeitsfront“ war im Grunde auf die am Standort des Betriebes wohnenden Arbeiter begrenzt. Hier lagen kaum verschiebbare Grenzen der Herrschaft, die zu nicht konformen Verhaltensweisen genutzt wurden, wie z.B. die sehr geringe „industrielle Disziplin“ im Bauwesen andeutet, das in hohem Maße *kovorolníci* beschäftigte (s.o.).

b) Mit Vorstellungen vom „monolithischen“ Charakter kommunistischer Massenorganisationen läßt sich das Beispiel der tschechoslowakischen Einheitsgewerkschaft mit ihren schon in den späten fünfziger Jahren mehr als vier Millionen Mitgliedern nicht in Einklang bringen. Dabei können wir allgemeine organisationssoziologische

<sup>191</sup> VOA, Prag, ÚRO-Org., Karton 110, Nr. 385 b. Bericht des Instrukteurs des Kreisgewerkschaftsrates Brünn-Gottwaldov Jan Motl über den Stand der Überprüfung der Arbeitsnormen vom 18.7.1951.

<sup>192</sup> SÚA, Prag, Fonds ÚV KSČ 100/24, Bd. 59, Nr. 927. Streik der Arbeiter in Čadca, Fernschreiben des Genossen Bašťovanský vom 23.6.1949.

<sup>193</sup> Beispielsweise dadurch, daß ihnen die Kabel der Preßluftschlämmer durchgeschnitten wurden. SÚA, Prag, Fonds ÚV KSČ 014/11, Bd. 6, Nr. 67. Arbeit der Hauer aus Sokolov (Falkenau) in Ostrava.

Überlegungen, die diesen spezifischen Charakter ebenfalls in Frage stellen,<sup>194</sup> außer acht lassen. Auch die wenigen Hinweise auf die Verhaltensweisen der untersten Gewerkschaftskader zeigen, daß die Einheitsgewerkschaft weit davon entfernt war, über einen bis in die Betriebe hineinreichenden „monolithischen“ Befehlsvollzug zu verfügen, daß vielmehr die Anordnungen des Zentralrates der Gewerkschaften häufig leer liefen, sein Herrschaftsanspruch auch in den eignen Reihen in vielfältiger Weise gebrochen wurde.

c) Wenn die Vermutung über einen Bedingungs-zusammenhang zwischen Strukturarmut der Einheitsgewerkschaft im Sinne mangelnder Responsivität gegenüber den Initiativen der Arbeiter einerseits und deren Überintegration in das betriebliche Milieu andererseits mehr ist als eine Vermutung, dann hat die Einheitsgewerkschaft das soziale Milieu der Industriearbeiterschaft – und damit spezifische Grenzen ihrer Machtausübung – selbst stabilisiert: indem sie dieses Milieu durch das Fortschleppen ihrer strukturellen Defizite immer wieder aufs Neue reproduzierte.

d) Kritik an der Bürokratie war auch im tschechoslowakischen Staatssozialismus ein fester Bestandteil des parteioffiziellen Jargons (und des Alltags sowieso). Der antibürokratische Affekt der Industriearbeiter hat daher auf den ersten Blick nichts Spezifisches. Er ist jedoch – soweit gegen die Einheitsgewerkschaft gerichtet – immer zusammengedacht worden mit einem gewerkschaftlichen Milieu, das gegen anonyme Großorganisationen und bürokratische Anweisung *face to face*-Kommunikation und ein persönlich-vertrauensvolles Verhältnis zu den Gewerkschaftsfunktionären ermöglichen sollte.<sup>195</sup> Dies waren gewerkschaftliche Sozialisations-erfahrungen der Ersten Republik mit ihrer kaum überschaubaren Vielzahl kleiner und kleinster hochspezialisierter Einzelgewerkschaften und entsprechend dichten Kontakten zwischen Gewerkschaftern und Arbeitern.<sup>196</sup> Der Einheitsgewerkschaft

<sup>194</sup> Etzioni, Amitai: Soziologie der Organisation. München 1973, 177 f. (Grundfragen der Soziologie 12).

<sup>195</sup> Charakteristisch sind in diesem Zusammenhang auch die Klagen der Arbeiter über die Verlagerung der innerbetrieblichen gewerkschaftlichen Tätigkeit in die gewerkschaftlichen Organisationen auf der Ebene eines Nationalunternehmens, die mehrere gewerkschaftliche Betriebsausschüsse zusammenfaßten, und die damit verbundene Ausdünnung der persönlichen Kontakte zu den Gewerkschaftsfunktionären ihres Betriebes. Vgl. dazu u. a. den in Anm. 183 zit. Bericht. Zur Erwartungshaltung der Arbeiter im Blick auf das Verhältnis zu den Funktionären höherer Gewerkschaftsorgane sei hier aus dem Bericht (1956) eines Mitgliedes des Kreisgewerkschaftsrates Olomouc zitiert: „Die Arbeiter weisen darauf hin, daß sie gewerkschaftliche Organisation nur dann spüren, wenn die Funktionäre wegen des Mitgliederbeitrags zu ihnen kommen, wegen einer sozialistischen Verpflichtung oder von ihnen wollen, daß sie einige Stunden in einer Brigade ableisten. Sehr selten kommt es vor, daß der Gewerkschaftsfunktionär zu den Arbeitern kommt, um einen Rat einzuholen, ihre Meinung zur gewerkschaftlichen Arbeit zu erfahren oder mit ihnen über ihre Sorgen am Arbeitsplatz und im Privatleben zu sprechen.“ VOA, Prag. ÚRO-*Org.*, Karton 156, Nr. 520/1 (1956). Nicht datierter Delegationsbericht aus dem Kreis Olomouc.

<sup>196</sup> Bekannt ist das Wort Zápotockýs, der tschechische Arbeiter der Zwischenkriegszeit sei dann mit seiner Gewerkschaft zufrieden gewesen, wenn er nach Feierabend mit „seinem“ Gewerkschaftsfunktionär ein Glas Bier trinken konnte.

ist es nicht gelungen, ein Organisationsverhalten durchzusetzen, das diese Erfahrungen verdrängt hätte. Grenzen ihrer Herrschaft waren somit auch durch bestimmte gewerkschaftliche Traditionen gegeben, wie spätestens die gewerkschaftliche Reformdiskussion im Jahr 1968 zeigt. In mancher Hinsicht hat die Einheitsgewerkschaft an der Festlegung dieser Grenzen ungewollt mitgewirkt, indem das Tempo des sozialistischen Aufbaus auch sie dazu zwang, alte soziale Strukturen – wie am Gründungsprozeß der Betriebsklubs abzulesen – bloß durch neue Organisationsapparate zu „überwölben“.